

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

21. JAHRGANG

JULI 1968



INHALT

Seite

Bautätigkeit im Jahre 1967	161
Aufbau und Gliederung der Volksschulen	168
Strafvollzug im Jahre 1967	170
Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1967	174
Öffentliche Jugendhilfe im Jahre 1967	178
<hr/>	
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	49*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	55*



HERAUSGEBER
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS

In Kürze erscheint Band 182 der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz

BODENNUTZUNG UND ERNTE IN RHEINLAND-PFALZ IM JAHRE 1967

Umfang ca. 100 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis ca. DM 6,50



Der Band setzt die jährlichen Veröffentlichungen über Bodennutzung und Ernte fort. Er enthält Daten über Anbau und Ernte sämtlicher Fruchtarten im Jahre 1967. In einem vorausgehenden Textteil, bereichert durch zahlreiche Übersichten und Schaubilder, sind die Anbau- und Ertragsverhältnisse der wichtigsten Feldfrüchte sowie die flächenmäßige Entwicklung der Hauptnutzungs- und Kulturarten ausführlich kommentiert. Der Tabellenteil bringt

für Kreise

Flächen der Hauptnutzungs- und Kulturarten
Hektarerträge für Feldfrüchte und Gemüse
Ergebnisse der Obsternte

für Regierungsbezirke

Anbauflächen und Erntemengen von
Feldfrüchten
Futterpflanzen
Gemüse

für Weinbaugebiete

Ergebnisse der Rebland- und Weinmoststatistik.

Um eingehende Vergleiche zu ermöglichen, sind für die Ernteergebnisse Sechsjahresdurchschnitte und für nahezu alle Daten Vergleichswerte der übrigen Bundesländer angeführt.

Für alle landwirtschaftlich interessierten Personen und Stellen bietet der Band eine wichtige Grundlage zur Beurteilung der Anbau- und Ertragsverhältnisse und damit der Situation der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft.

Zeichenerklärungen

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
- . = kein Nachweis vorhanden / Angabe aus Gründen der Geheimhaltung nicht möglich
- .. = Angabe sachlogisch nicht möglich
- ... = Angabe fällt später an

- Ø = Durchschnitt
- p = vorläufige Angabe
- r = berichtigte Angabe
- s = geschätzte Angabe

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND - PFALZ

Jg. 1 - 8, 1948 - 1955 u.d. Titel: Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz

Jg. 9 - 10, 1956 - 1957 u.d. Titel: Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Bezugspreis: Einzelheft DM 2,-; Jahresabonnement DM 20,-; zuzüglich Zustellgebühr.

Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Str. 15/16, oder durch den Buchhandel.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

STATISTISCHE MONATSHEFTE

RHEINLAND-PFALZ

21. Jahrgang

Heft 7

Juli 1968

Bautätigkeit im Jahre 1967

1. Gesamtüberblick und Ausblick auf 1968

Im Laufe des Jahres 1966 hatten außergewöhnlich günstige Umstände zu einem Rekordergebnis von 33 362 fertiggestellten Wohnungen in Rheinland-Pfalz geführt. Maßgebend für diesen erfreulichen Tatbestand waren neben den sehr günstigen Witterungsverhältnissen vor allem der hohe Bauüberhang zu Beginn des Jahres 1966, die gegenüber dem Vorjahre gestiegene Zahl an Baugenehmigungen und die zunehmende Entspannung am Bauproduktmarkt gewesen, welche erlaubte, diejenigen Bauvorhaben, deren Finanzierung gesichert war, über die freiwerdende Baukapazität beschleunigt fertigzustellen. Schon bei Bekanntwerden dieses Spitzenresultates war klar, daß ein Bauvolumen ähnlicher Größenordnung vorerst nicht mehr erwartet werden konnte, ganz sicher aber nicht für das Jahr 1967. Im Zuge des allgemeinen konjunkturellen Rückganges, welcher sich in vollem Umfange auf die Bauwirtschaft auswirkte, deuteten verschiedene statistische Indikatoren darauf hin, daß das Fertigstellungsergebnis an Wohnungen für 1967 schätzungsweise zwischen 28 000 und 30 000 Einheiten liegen würde. Tatsächlich wurden im Wohn- und Nichtwohnbau 29 592 Wohnungen bezugsfertig. Damit mußte gegenüber 1966 ein Rückgang von 11,3% hingenommen werden, welcher sich über doppelt so hoch stellte wie der Rückgang im gesamten Bundesgebiet, denn hier lag das Ergebnis mit 572 000 fertiggestellten Wohnungen nur um 5,4% unter dem von 1966.

Ganz allgemein ist festzustellen, daß der Wohnungsbau in den kommenden Jahren, unabhängig von konjunkturellen oder zufälligen Einflüssen, tendenziell zurückgehen wird, weil eine gewisse Sättigung der Märkte eingetreten ist. Auch die verminderte Anzahl an Eheschließungen der geburtschwachen Jahrgänge der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre wird sich hier bemerkbar machen. Allerdings wirkt dieser negativen Tendenz eine positive Strömung von zunächst unbekannter Stärke entgegen, welche mit dem Begriff „Sanierung“ oder „Stadt- und Dorferneuerung“ umschrieben werden kann. Die Notwendigkeit einer Sanierung, d. h. des Abbruchs von bestehenden Wohnungen und ihr Ersatz durch neu zu erstellende Wohneinheiten am gleichen oder an einem anderen Ort, kann sich ergeben aus rein technischen Gründen wie schlechtem Bauzustand von Gebäuden und Wohnungen, aus

Faktoren, die in der Umgebung der Wohneinheiten liegen (stark lärm- und schmutzgefährdetes Industriegelände mit Werkswohnungen z. B.), aus verkehrsplanerischen Gründen und aus den gestiegenen Wohnansprüchen der Bevölkerung, die nicht zuletzt von der konjunkturellen Entwicklung der Masseneinkommen bestimmt werden. Auch die Zweckentfremdung von Wohnungen (z. B. Umwandlung von Wohnungen in Büro- oder Geschäftsräume im Zentrum größerer Städte) läßt neuen Wohnbedarf entstehen. Einige Anhaltspunkte über die Größenordnung der genannten vielschichtigen Strömung soll die kommende Wohnungszählung bringen, welche für Oktober 1968 angeordnet ist.

Speziell für 1968 sind die Aussichten auf dem Bauproduktmarkt für Wohnungen, gemessen am Jahresergebnis 1967, gar nicht so schlecht. Der Bauvorrat an Wohnungen betrug am 31. 12. 1967 44 922 Einheiten, also 2,1% weniger als am 31. 12. 1966. Von diesen Wohnungen befanden sich 71,7% bereits im Bau. Der Rückgang des Bauvorrats beruhte im wesentlichen auf dem Absinken der Baugenehmigungen des Jahres 1967 um immerhin 8% gegenüber 1966. Aus den Ergebnissen des 1. Quartals 1968 geht aber eindeutig hervor, daß eine Aufschwungphase, die sicherlich stark vom Zweiten Konjunkturprogramm der Bundesregierung beeinflusst worden ist, eingesetzt hat, denn gegenüber dem 1. Quartal 1967 stiegen die Genehmigungen für Wohnungen um 31% an. Unterstellt man nun, daß die Witterungsverhältnisse des Jahres 1968 sich nicht wesentlich von denen des Jahres 1967 unterscheiden werden, daß ferner sich das erwähnte Zweite Konjunkturprogramm hauptsächlich 1968 in Aufträgen an das Baugewerbe niederschlagen wird, und daß endlich die allgemeine konjunkturelle Aufwärtsbewegung keine gravierende Unterbrechung erfährt, so darf wohl erwartet werden, daß das Fertigstellungsergebnis des Jahres 1968 an das von 1967 heranreichen oder es noch um einige wenige Prozente unterschreiten wird.

2. Gesamter Wohnungsbau

a. Gebäude, Wohnungen und Räume: 1967 wurden an ganzen Wohngebäuden 14 387 Einheiten fertiggestellt, welche 24 660 Wohnungen und 117 613 Räume¹⁾ enthielten. 4 347 Wohnungen und 20 277 Räumen entstanden durch Umbau, Ausbau oder Erweiterung an bereits bestehenden Gebäuden. Die neuerrichteten Gebäude waren zu 92,4% Ein- und Zweifamilienhäuser und nur zu 7,6% Mehrfamilienhäuser. Selbstverständlich ist diese Zahl zu

¹⁾ Als Räume gelten Zimmer mit 6 und mehr qm Wohnfläche und Küchen.

Baufertigstellungen im Wohnbau¹⁾ nach Gemeindegrößenklassen und Gebäudearten 1967

Gemeindegrößenklasse	Gebäude		Wohnungen		Räume			Wohnfläche		Umbauter Raum	Veranschlagte reine Baukosten	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	je Wohnung	1 000 qm	qm je Wohnung	1 000 cbm	1 000 DM	DM je Wohnung
Insgesamt												
unter 2 000 Einw.	7 032	48,9	9 012	36,5	46 916	39,9	5,2	902	100,1	5 516	527 665	58 551
2 000 bis " 5 000 "	2 904	20,2	4 846	19,7	23 462	19,9	4,8	450	92,9	2 648	269 376	55 587
5 000 " " 20 000 "	2 375	16,5	4 779	19,4	21 936	18,7	4,6	412	86,2	2 364	255 685	53 502
20 000 " " 50 000 "	847	5,9	2 116	8,6	9 210	7,8	4,4	177	83,6	959	107 730	50 912
50 000 " " 100 000 "	478	3,3	1 333	5,4	5 538	4,7	4,2	104	78,0	592	67 405	50 566
100 000 und mehr	751	5,2	2 574	10,4	10 551	9,0	4,1	203	78,9	1 106	123 919	48 143
Insgesamt	14 387	100,0	24 660	100,0	117 613	100,0	4,8	2 248	91,2	13 185	1 351 780	54 817
Ein- und Zweifamilienhäuser												
unter 2 000 Einw.	6 902	51,9	8 495	50,6	44 847	51,0	5,3	864	101,7	5 315	507 634	59 757
2 000 bis " 5 000 "	2 697	20,3	3 581	21,3	18 422	21,0	5,1	359	100,3	2 202	223 602	62 441
5 000 " " 20 000 "	2 059	15,5	2 676	15,9	13 853	15,7	5,2	269	100,5	1 635	174 190	65 093
20 000 " " 50 000 "	702	5,3	854	5,1	4 508	5,1	5,3	87	101,9	529	61 375	71 867
50 000 " " 100 000 "	368	2,7	476	2,8	2 435	2,8	5,1	48	100,8	289	34 039	71 510
100 000 und mehr	569	4,3	728	4,3	3 853	4,4	5,3	79	108,5	483	56 753	77 957
Zusammen	13 297	100,0	16 810	100,0	87 918	100,0	5,2	1 706	101,5	10 453	1 057 593	62 915
Mehrfamilienhäuser												
unter 2 000 Einw.	130	11,9	517	6,6	2 069	7,0	4,0	38	73,5	201	20 031	38 744
2 000 bis " 5 000 "	207	19,0	1 265	16,1	5 040	17,0	4,0	91	71,9	446	45 774	36 185
5 000 " " 20 000 "	316	29,0	2 103	26,8	8 083	27,2	3,8	143	68,0	729	81 495	38 752
20 000 " " 50 000 "	145	13,3	1 262	16,1	4 702	15,8	3,7	90	71,3	430	46 355	36 732
50 000 " " 100 000 "	110	10,1	857	10,9	3 103	10,4	3,6	56	65,3	303	33 366	38 933
100 000 und mehr	182	16,7	1 846	23,5	6 698	22,6	3,6	124	67,2	623	67 166	36 385
Zusammen	1 090	100,0	7 850	100,0	29 695	100,0	3,8	542	69,0	2 732	294 187	37 476

1) Nur ganze Gebäude.

grob, um Genaueres über die eigentliche Bedeutung der beiden Gebäudearten auszusagen. Betrachtet man dagegen die in den Gebäuden erstellten Wohnungseinheiten, dann ergibt sich ein anderes Bild: Obgleich der Anteil der Mehrfamilienhäuser an den errichteten Wohngebäuden so gering war, machten die darin gelegenen Wohnungen 31,8% der Gesamtmasse aus. Im Jahre 1966 waren es noch 36,4%, so daß die seit zwei Jahren festzustellende relative Bedeutungszunahme des Mehrfamilienhausbaues im Berichtsjahr nicht nachgewiesen werden konnte. Offenbar waren die großen Wohnungsbaugesellschaften, die überwiegend als Bauherren von Mehrfamilienhäusern in Frage kommen, während des konjunkturellen Tiefs besonders vorsichtig mit ihren Investitionen, während der private Einzelbauherr, der für den Ein- und Zwei-Familien-Hausbau typisch ist, sich weniger von der Wirtschaftslage beeinflussen ließ. Besonders deutlich wird dies, wenn man die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen betrachtet, die in Mehrfamilienhäusern gegenüber 1966 um 23,5%, in Einfamilienhäusern aber nur um 6,3% zurückging.

Die eben erwähnte Stärkung des Anteils der Ein- und Zwei-Familien-Häuser führte dazu, daß die Zahl der Räume für fertiggestellte Wohnungen in ganzen Gebäuden mit 4,8 Einheiten einen neuen Höchststand erreichte, ebenso wie die Wohnfläche mit 91,2 qm je Wohnung. Folglich ging auch die Wohnfläche insgesamt weniger stark zurück als die Anzahl der Wohnungen. Je Wohnung in ganzen Wohngebäuden war ein Anstieg der Wohnfläche gegenüber dem Vorjahre um über 4% festzustellen.

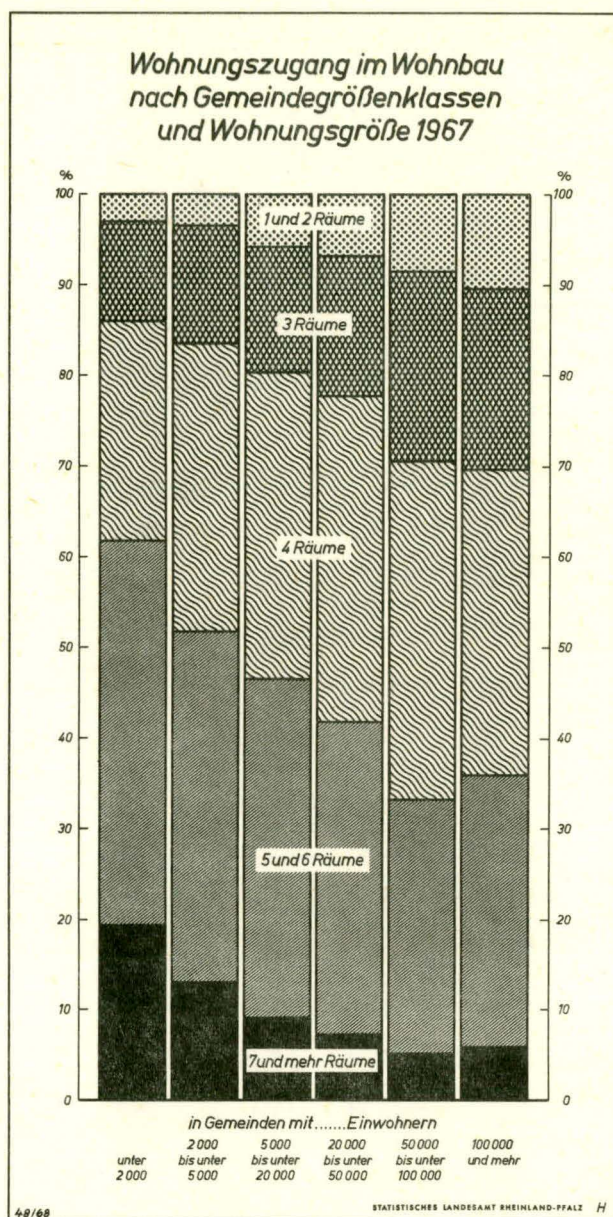
b. Gebäudearten: Von den Ein- und Zwei-Familien-Häusern des Baujahrs 1967 entfielen etwa

72% der Gebäude, Wohnungen und Räume auf die Gemeinden unter 5 000 Einwohner, während die Mehrfamilienhäuser sich sehr stark auf die Gemeinden über 5 000 Einwohner konzentrierten. 76% der Wohnungen der genannten Gebäudeart waren dieser zusammengefaßten Gemeindegrößenklasse zuzuordnen. Beide Gebäudearten zeigten hinsichtlich der Struktur der in ihnen gelegenen Wohnungen sehr große Unterschiede, die zum Teil auch noch nach Gemeindegrößenklassen schwankten. So war erwartungsgemäß die Anzahl der Räume je Wohnung beim Ein- und Zweifamilienhaus (5,2) erheblich größer als beim Mehrfamilienhaus (3,8). Bei der erstgenannten Gebäudeart reichten die Werte innerhalb von sechs Gemeindegrößenklassen nur von 5,1 bis 5,3, bei der zuletzt genannten von 3,6 bis 4,0 Räume je Wohnung. Die Wohnfläche einer Wohnung in Mehrfamilienhäusern ist wegen der Tatsache, daß es sich überwiegend um Mietwohnungen handelt, die zudem noch von den hohen Bodenpreisen in den Städten her — die Städte sind das bevorzugte Gebiet für den Mehrfamilienhausbau — mit einer hohen qm-Miete belastet sind, erheblich kleiner als die einer Wohnung in Ein- oder Zwei-Familien-Häusern. Sie lag dort bei 69,0 qm, wobei die Spanne in den Gemeindegrößenklassen von 65,3 (Gemeinden von 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern) bis 73,5 qm (Gemeinden unter 2 000 Einwohner) reichte, hier aber bei 101 qm; von diesem Wert ergaben sich innerhalb der Gemeindegrößenklassen keine großen Abweichungen, lediglich in Gemeinden über 100 000 Einwohnern kamen 108,5 qm auf eine Wohnung. Es dürfte sich hier vorwiegend um Luxusbungalows gehandelt haben. Was schließlich die Baukosten anlangt, so mußten im Schnitt für eine Wohnung im Ein- oder Zweifa-

milienhaus 62 900 DM ausgegeben werden (in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern 60 000, in solchen über 100 000 Einwohnern 78 000 DM), eine Wohnungseinheit in einem Mehrfamilienhaus war dagegen schon für 37 500 DM zu haben. Dieser Wert änderte sich nur wenig von einer Gemeindegrößenklasse zur anderen.

c. Wohnungsgröße, umbauter Raum und Baukosten: Von den 29 007 in ganzen Gebäuden und Gebäudeteilen des Wohnbaues zugegangenen Wohnungen waren 5,0% (gegenüber 7,0% im Jahre 1966) Wohnungen mit nur einem oder zwei Räumen. Besonders die Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter, aber auch die sonstigen Unternehmen lagen mit 10,3 bzw. 7,6% nicht unerheblich über diesem Wert. Nach Gemeindegrößenklassen läßt sich ein deutlicher Anstieg von der kleinsten bis zur obersten Klasse feststellen (von 3,1 bis 10,4%). Vermutlich spielt hier der Bau von modernen Appartements eine Rolle, welcher naturgemäß in den großen Städten eine ungleich stärkere Bedeutung hat als in kleinen Gemeinden. Rheinhessen mit der Landeshauptstadt Mainz lag mit 9,9% wiederum an der Spitze. Die in den ersten Jahren des Wiederaufbaus sehr bedeutsame 3-Raum-Wohnung ist inzwischen auf einen Anteil von 13,7% abgesunken. Sie spielt nur noch bei den Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter und bei den sonstigen Unternehmen sowie in Gemeinden ab 50 000 Einwohnern eine größere Rolle. Weiter an Gewicht gewonnen haben die Wohnungen mit 5 und mehr Räumen, die nunmehr 51,3% der Gesamtmasse erreichten. Relativ am stärksten waren die 5- und 6-Raum-Wohnungen vertreten (38,1%). Die Großwohnungen mit 5 und mehr Räumen wurden vornehmlich von freien Wohnungsunternehmen und privaten Haushalten gebaut (52,3 bzw. 55,2%) und waren naturgemäß in kleinen Gemeinden infolge der verhältnismäßig billigen Bodenpreise wesentlich stärker vertreten als in größeren Gemeinden. Im Gruppenmittel der Gemeinden unter 2 000 Einwohnern, wo der Eigenheimbau die bedeutendste Rolle spielt, machten die Großwohnungen sogar fast 62% des Wohnungszuganges im Wohnbau aus. Die durchschnittliche Fläche einer im Wohnbau erstellten Wohnung in ganzen Gebäuden und Gebäudeteilen stieg infolge der Zunahme der größeren Wohnungseinheiten um 3,2% von 82,5 auf 85,1 qm an.

Erstmals seit Beginn der Wiederaufbauperiode nach der Währungsreform des Jahres 1948 ging der Umfang des umbauten Raumes im Wohnbau (nur ganze Gebäude) stärker zurück. Mit 13,18 Mill. cbm blieb das Ergebnis um 8,6% unter dem Wert von 1966. Wegen des gestiegenen Gewichts der größeren Wohnungstypen war der Rückgang geringer als bei den Wohnungen selbst. Der weitaus größte Teil des neuerstellten umbauten Raumes entfiel auf die Ein- und Zwei-Familien-Häuser. Da sich hier vor allem die größeren Wohnungseinheiten konzentrierten, stand einem Wohnungsanteil dieser Gruppe in Höhe von 62,2% ein solcher von 79,3% beim umbauten Raum gegenüber. Von den 5,5 Mill. cbm umbauten Raumes in den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern entfielen allein 5,3 Mill. cbm auf die Ein- und Zwei-



Familien-Häuser. Eine Wohnung in ganzen Wohngebäuden umfaßte im Landesdurchschnitt 535 cbm.

Für alle Baumaßnahmen an Wohnungen wurden 1967 rund 1,462 Mrd. DM veranschlagt. Damit ergab sich erstmals ein Rückgang gegenüber dem Vorjahre, der 2,3% ausmachte. Da die fertiggestellten Wohnungen aber um 11,3% zurückgingen, sind gewisse Kostensteigerungen je Wohnungseinheit festzustellen. Eine Wohnung in ganzen Wohngebäuden kostete 1967 rund 54 800 DM, sie war damit um 11,1% teurer als 1966. Die Kosten je cbm umbauten Raumes in ganzen Wohngebäuden überschritten die 100-DM-Grenze (102,5 DM).

d. Bauherren: Das schlechte konjunkturelle Klima des Jahres 1967 wirkte sich in der Bautätigkeit dahingehend aus, daß vor allem gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen sowie Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter stärkste Zurückhaltung bei ihren Investitionen ausübten. Die von den beiden Bauherrengruppen errichteten Wohnungseinheiten la-

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen sowie Zugang an Wohnungen in den Verwaltungsbezirken 1967

Verwaltungsbezirk	Bestand am 31. 12. 1967			Zugang 1967				
	Wohn- gebäude	Wohnungen			Räume in Wohnungen ¹⁾	Wohnungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau		
		Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl		Anzahl	je 1 000 Einwohner	
Kreisfreie Stadt Koblenz	10 109	33 801	328,6	482	4,7	2 245	132	1,3
Landkreise								
Ahrweiler	19 720	31 740	339,7	1 198	12,9	5 431	78	0,8
Altenkirchen (Ww.)	24 540	38 973	327,6	1 000	8,4	4 706	172	1,4
Birkenfeld	18 125	31 191	330,6	604	6,4	3 204	95	1,0
Idar-Oberstein, St.	5 000	11 103	369,0	134	4,4	687	53	1,8
Cochern	10 639	15 058	312,8	395	8,2	2 039	32	0,7
Koblenz	15 525	28 711	337,6	844	10,0	4 030	124	1,5
Kreuznach	25 191	44 504	332,1	1 049	7,9	5 140	133	1,0
Bad Kreuznach, St.	4 876	13 773	370,5	277	7,5	1 258	57	1,5
Mayen	26 379	42 226	329,8	863	6,7	4 198	61	0,5
Neuwied	28 135	49 015	331,7	1 075	7,3	5 126	150	1,0
Neuwied, St.	3 381	10 081	369,7	126	4,6	578	63	2,3
Sankt Goar	10 837	17 175	322,0	394	7,4	1 933	35	0,7
Simmern	9 370	13 202	309,9	400	9,4	2 119	17	0,4
Zell (Mosel)	8 155	12 452	354,3	247	7,0	1 360	26	0,7
Reg. Bez. Koblenz	206 725	358 048	330,4	8 551	7,9	41 531	1 055	1,0
Kreisfreie Stadt Trier	10 305	28 002	331,9	300	3,5	1 329	136	1,6
Landkreise								
Bernkastel	12 728	17 390	308,8	244	4,3	1 344	18	0,3
Bitburg	12 714	17 112	302,0	405	7,1	2 062	22	0,4
Daun	9 589	12 798	295,3	271	6,3	1 499	41	0,9
Prüm	8 806	11 079	281,3	240	6,1	1 371	36	0,9
Saarburg	9 541	13 515	289,3	364	7,8	1 888	32	0,7
Trier	19 938	28 149	294,0	852	8,9	4 698	65	0,7
Wittlich	11 980	16 509	304,5	357	6,6	1 988	44	0,8
Reg. Bez. Trier	95 601	144 554	303,2	3 033	6,4	16 179	394	0,8
Landkreise								
Oberwesterwaldkreis	16 541	23 084	306,9	793	10,6	3 974	65	0,9
Loreleykreis	10 222	19 455	340,8	378	6,6	1 893	63	1,1
Unterlahnkreis	11 109	19 525	315,5	304	4,9	1 499	58	0,9
Unterwesterwaldkreis	17 219	28 012	338,1	835	10,2	4 000	83	1,0
Reg. Bez. Montabaur	55 091	90 076	325,1	2 310	8,4	11 366	269	1,0
Kreisfreie Städte								
Mainz	13 307	51 142	347,6	859	5,9	3 393	246	1,7
Worms	9 142	23 293	370,2	376	5,9	1 646	95	1,5
Landkreise								
Alzey	14 189	19 757	311,0	395	6,2	2 058	37	0,6
Bingen	15 233	26 130	330,1	642	8,1	3 057	60	0,8
Mainz	15 729	24 395	303,9	427	5,4	2 069	86	1,1
Worms	11 879	17 134	333,2	297	5,8	1 435	36	0,7
Reg. Bez. Rheinhessen	79 479	161 851	334,1	2 996	6,2	13 658	560	1,2
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	5 074	13 197	362,1	402	11,0	1 544	139	3,8
Kaiserslautern	9 950	33 012	388,6	548	6,4	2 174	120	1,4
Landau i. d. Pfalz	4 457	10 624	339,1	212	6,8	985	35	1,1
Ludwigshafen a. Rhein	20 089	62 323	360,3	1 528	8,8	6 260	484	2,8
Neustadt a. d. Weinstr.	4 096	11 682	395,8	337	11,4	1 339	126	4,3
Pirmasens	6 232	20 160	402,0	276	5,4	1 140	79	1,6
Speyer	5 764	14 607	352,1	431	10,4	1 947	106	2,6
Zweibrücken	5 486	12 643	379,7	238	7,1	1 150	77	2,3
Landkreise								
Bergzabern	10 446	15 689	318,0	470	9,5	2 384	41	0,8
Frankenthal (Pfalz)	13 757	21 756	349,7	965	15,7	4 558	54	0,9
Germersheim	18 346	28 537	322,8	1 279	14,6	6 219	207	2,4
Kaiserslautern	22 608	36 869	349,3	1 221	11,6	5 765	78	0,7
Kirchheimbolanden	7 819	12 374	340,4	476	13,1	2 244	146	4,0
Kusel	16 619	24 602	325,8	414	5,5	2 107	74	1,0
Landau i. d. Pfalz	14 143	19 628	320,0	338	5,5	1 818	41	0,7
Ludwigshafen a. Rhein	10 281	16 586	345,2	589	12,3	2 818	54	1,1
Neustadt a. d. Weinstr.	21 958	36 313	356,7	1 094	10,8	5 094	134	1,3
Pirmasens	17 421	29 055	346,1	940	11,2	4 620	48	0,6
Rockenhausen	9 837	13 470	319,3	335	8,0	1 706	26	0,6
Speyer	8 153	12 739	337,9	337	8,9	1 594	37	1,0
Zweibrücken	6 511	9 644	311,2	272	8,7	1 306	29	0,9
Reg. Bez. Pfalz	239 047	455 510	349,4	12 702	9,7	58 772	2 135	1,6
Rheinland-Pfalz	675 943	1 210 039	333,8	29 592	8,2	141 506	4 413	1,2
davon in Gemeinden mit weniger als 50 000 Einw.	596 809	958 306	328,2	25 223	8,7	123 319	3 121	1,1
50 000 und mehr "	79 134	251 733	356,9	4 369	6,2	18 187	1 292	1,8

1) Einschl. der Räume außerhalb von Wohnungen in Wohnbauten.

Bauherr Regierungsbezirk	Ins- gesamt	Mit ... Räumen									
		1 und 2		3		4		5 und 6		7 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gebietskörperschaften und Organisationen o. E.	671	69	10,3	159	23,7	190	28,3	178	26,5	75	11,2
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	3 774	115	3,0	566	15,0	1 580	41,9	1 412	37,4	101	2,7
Freie Wohnungsunternehmen	518	10	1,9	76	14,7	161	31,1	191	36,9	80	15,4
Sonstige Unternehmen	1 777	135	7,6	341	19,2	748	42,1	416	23,4	137	7,7
Private Haushalte	22 267	1 120	5,0	2 817	12,7	6 040	27,1	8 867	39,8	3 423	15,4
Koblenz	8 350	384	4,6	1 057	12,7	2 421	29,0	3 343	40,0	1 145	13,7
Trier	2 950	69	2,3	300	10,2	630	21,4	1 266	42,9	685	23,2
Montabaur	2 264	86	3,8	322	14,2	591	26,1	960	42,4	305	13,5
Rheinhausen	2 941	290	9,9	426	14,5	811	27,6	1 090	37,0	324	11,0
Pfalz	12 502	620	5,0	1 854	14,8	4 266	34,1	4 405	35,2	1 357	10,9
Insgesamt	29 007	1 449	5,0	3 959	13,6	8 719	30,1	11 064	38,1	3 816	13,2

gen um 40,5 bzw. 38,2% unter den im Jahre 1966 erreichten Werten. Auch freie Wohnungsunternehmen mußten einen Rückgang von 22,2% hinnehmen, während private Haushalte nur um 4,8% unter den Vorjahreswerten lagen. Erstaunlicherweise verzeichneten die sonstigen Unternehmen als einzige Bauherrengruppe einen Zuwachs, und zwar einen solchen von sogar 51,5%. Bei der absolut geringen Anzahl der von dieser Gruppe erstellten Wohnungen (1966: 1 173, 1967: 1 777) läßt sich dieses Phänomen nur dadurch erklären, daß im Jahre 1967 in größerem Umfange Bauvorhaben fertiggestellt wurden, welche in Planung und Beginn der Ausführung bereits in einem früheren, konjunkturrell günstigeren Zeitpunkt lagen.

Infolge der unterschiedlichen Veränderungsraten verschoben sich im Vergleich zum Vorjahr auch die Anteile der einzelnen Bauherrengruppen am Gesamtergebnis. Die Prozentquote der gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen sank von 19,4 auf 13,0, die der freien Wohnungsunternehmen von 2,1 auf 1,8 und die der Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter von 3,3 auf 2,3, während sonstige Unternehmen und private Haushalte ihre Anteile von 3,6 auf 6,1 bzw. von 71,6 auf 76,8% verbessern konnten.

Auch die stärkste Bauherrengruppe, nämlich die der privaten Haushalte, veränderte sich in ihrer Zusammensetzung nicht unerheblich, da auch hier bei den einzelnen Untergruppen verschiedene Veränderungsdaten festzustellen waren. Weil die Gruppe der selbständigen Berufstätigen mit am stärksten von dem wirtschaftlichen Tief betroffen war, hatte sie einen verhältnismäßig starken Rückgang in ihrer Bautätigkeit zu verzeichnen (— 8,9%). Sie wurde aber noch übertroffen von den sonstigen privaten Haushalten (— 16,3%), zu denen u. a. auch Haushalte gehören, die nicht aus beruflicher Tätigkeit, sondern von vorhandenem Vermögen leben. Die einzigen Bauherren, welche einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahre verbuchen konnten, waren die Beamten und Angestellten (+ 7,1%). Es scheint, daß diese Gruppe bei kurzfristigen Wirtschaftsabschwüngen relativ wenig in ihrem Einkommen und damit in ihren Bauplänen beeinträchtigt wird, während die Arbeiter einen Rückgang im Baufertigstellungsergebnis in Höhe von 6,8% hinnehmen mußten. Beamte und Angestellte konnten daher ihren An-

teil von 21,9% im Jahre 1966 auf 24,8% im Berichtsjahr verbessern.

e. Ausstattung: Trotz des beträchtlichen Rückganges im Baufertigstellungsergebnis haben sich die Tendenzen hinsichtlich der Ausstattungsmerkmale der Wohnungen in keiner Weise verändert. Die schon festgestellte Verteuerung der Wohnungseinheit beruhte auch in diesem Jahr zu einem erheblichen Teil auf weiteren Verbesserungen der Ausstattung. Die Wohnung ohne Bad ist inzwischen mit einem Anteil von 0,9% am Wohnungszugang in ganzen Wohngebäuden zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken, und auf die Wohnung mit Ofenheizung kamen nur noch 24,2%. 1966 waren es immerhin noch 31,9%. Entsprechend erhöhte sich der Anteil der Wohnungen mit Zentralheizung. Er stieg weiter von 68,1% im Jahre 1966 auf 75,8% im Berichtsjahr. Noch ein Jahrzehnt früher (1958) waren nur etwas über 10% der neuerrichteten Wohnungen mit Zentralheizung ausgestattet, aber ein Bad enthielten bereits fast 90%.

In den Bauherrengruppen differierten die Ausstattungsmerkmale der neuzugegangenen Wohnun-

Wohnungszugang im Wohnbau¹⁾ nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen, Regierungsbezirken und Ausstattung der Wohnung 1967

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Ins- gesamt	Mit Ofenheizung		Mit Zentralheizung	
		zu- sam- men	mit Bad	zu- sam- men	mit Bad
		%			
Gebietskörperschaften und Organisationen o. E.	654	49,7	45,6	50,3	50,3
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	3 773	25,3	24,8	74,7	74,6
Freie Wohnungsunternehmen	518	2,9	2,9	97,1	97,1
Sonstige Unternehmen	1 722	6,2	5,9	93,8	93,7
Private Haushalte	17 993	25,4	25,0	74,6	74,1
unter 2 000 Einw.	9 012	32,6	32,0	67,4	67,0
2 000 bis " 5 000 "	4 846	24,6	24,4	75,4	75,1
5 000 " " 20 000 "	4 779	21,6	21,0	78,4	77,5
20 000 " " 50 000 "	2 116	18,6	18,3	81,4	81,3
50 000 " " 100 000 "	1 333	12,9	12,8	87,1	87,1
100 000 und mehr	2 574	9,4	8,7	90,6	90,6
Koblenz	7 231	19,4	19,3	80,6	80,1
Trier	2 661	25,6	25,1	74,4	74,1
Montabaur	1 851	25,7	25,1	74,3	74,0
Rheinhausen	2 652	21,1	19,9	78,9	78,7
Pfalz	10 265	27,7	27,2	72,3	71,9
Insgesamt	24 660	24,2	23,7	75,8	75,4

1) Nur Neu- und Wiederaufbau sowie Umbau ganzer Gebäude.

gen auffallend. Am günstigsten stellten sich die freien Wohnungsunternehmen dar, welche ihre Wohnungen zu 100% mit Bad und zu 97,1% mit Zentralheizung ausstatteten. Es folgten die Sonstigen Unternehmen (99,6% Bad, 93,8% Zentralheizung). Die privaten Haushalte hielten sich auf einer Linie mit den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen (über 99% Bad, etwa 75% Zentralheizung), während Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter eine verhältnismäßig einfache Ausstattung anboten (96% Bad, nur 50,3% Zentralheizung). Auch nach Gemeindegrößenklassen variierten die Anteilssätze erheblich. Es läßt sich deutlich mit steigender Größenklasse eine verbesserte Ausstattung ablesen. So stieg der Anteil der mit Zentralheizung ausgestatteten Wohnungen von 67,4% in den kleinen Gemeinden unter 2 000 Einwohnern stetig bis zu 90,6% in den Großstädten über 100 000 Einwohnern. Unter den Regierungsbezirken führte Koblenz mit einem Satz von 80,6% zentralbeheizter Wohnungen.

3. Sozialer Wohnungsbau

Die bis 1960 auch in Rheinland-Pfalz ziemlich hohe Quote an fertiggestellten Wohnungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau — sie stellte sich durchweg auf ein Drittel des Gesamtzuganges an Wohnungen — ist in den letzten Jahren merklich gesunken. Einmal lag dies an dem Auslaufen der Sonderprogramme für SBZ-Flüchtlinge, in den letzten Jahren wohl auch an den eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand sowie an der veränderten Zielsetzung der Wohnungsbaupolitik. Es ging jetzt nicht mehr darum, möglichst viele, sondern die „richtigen“ Wohnungen zu fördern, und zwar richtig in dem Sinne, daß bestimmte, von der Wohnungspolitik als förderungswürdig anerkannte Bevölkerungsschichten begünstigt wurden (z. B. einkommensschwache Haushalte, kinderreiche und junge Familien). Bis 1966 fiel der Anteil der Sozialwohnungen am Fertigstellungsergebnis bis auf 18,9%. Auf Grund des starken Rückganges der Bewilligungen im Sozialwohnungsbau während des Jahres 1966 konnte angenommen werden, daß die Quote 1967 noch tiefer liegen würde. Es wurde geschätzt, daß nur noch etwa 15% der fertiggestellten Wohnungen des Jahres 1967 dem öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau zugerechnet werden

könnten. Tatsächlich stellt sich der Anteil mit 4 413 Sozialwohnungen auf 14,9% des Gesamtzuganges. Der Rückgang betrug also 30%. 1968 dürfte der Satz von etwa 15% gehalten werden, denn die Bewilligungen lagen 1967 mit 4 929 Wohnungseinheiten um 11,7% höher als das Fertigstellungsergebnis.

Allerdings geben diese Zahlen kein umfassendes Bild von der tatsächlichen Aktivität der öffentlichen Hand im Wohnungsbau, denn in den letzten Jahren wurden in zunehmendem Maße auch Bauvorhaben gefördert, die nicht öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau im strengen Sinne der Wohnungsbau-gesetze sind. Die Programme sind in den Ländern nicht einheitlich. Man spricht hier von der Förde-rung des Wohnungsbaues mit direkten staatlichen Hilfen außerhalb des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues (sonstiger geförderter Wohnungs-bau). Der sonstige geförderte Wohnungsbau umfaßte in Rheinland-Pfalz im Jahre 1967 vier Programme:

- (1) verbilligte Darlehen (Reste des alten Mittelstandsprogramms der Landesregierung aus dem Jahre 1966 und früher),
- (2) Zuschüsse zu Eigentumsmaßnahmen (neues Mit-telstandsprogramm der Landesregierung ab April 1967),
- (3) Zuschüsse im Rahmen des § 88 des Zweiten Woh-nungsbau-gesetzes,
- (4) Förderung des Wohnungsbaues im Rahmen des Zweiten Investitionsprogramms der Bundesre-gierung.

Alle vier Programme betreffen nur den steuerbe-günstigten sozialen Wohnungsbau. Leider liegt für 1967 noch kein gegliedertes Zahlenmaterial vor, erst ab 1968 werden auch diese Bauvorhaben statistisch erfaßt, so daß von diesem Zeitpunkt ab das Gesamt-förderungsvolumen besser durchleuchtet werden kann.

Die im Wohn- und Nichtwohnbau zugegangenen Wohnungen in voll- und teilgeförderten Bauvorha-ben zeigten in allen Wohnungsgrößenklassen ge-genüber 1966 einen Rückgang, der sich etwa mit dem Gesamtrückgang des sozialen Wohnungsbaues deckte, so daß sich auch die Anteile der einzelnen Woh-nungsgrößenklassen am Fertigstellungsergebnis nicht wesentlich veränderten. Lediglich die 3-Raum-Wohnung wies, ebenso wie im gesamten Wohnungs-

Wohnungszugang im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau¹⁾ nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen und Wohnungsgröße 1967

Bauherr Gemeindegrößenklasse	Woh- nungen	Mit ... Räumen								Wohn- räume
		1 und 2		3		4		5 und mehr		
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wirtschaftsunternehmen und öffent- liche Verwaltungen	247	21	8,5	42	17,0	104	42,1	80	32,4	1 003
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	1 959	55	2,8	289	14,7	809	41,3	806	41,2	8 499
Private Haushalte	2 002	41	2,0	168	8,4	450	22,5	1 343	67,1	10 567
unter 2 000 Einwohner	901	13	1,4	55	6,1	136	15,1	697	77,4	5 059
2 000 bis " 5 000 "	729	10	1,4	84	11,5	234	32,1	401	55,0	3 514
5 000 " " 20 000 "	739	15	2,0	77	10,4	279	37,8	368	49,8	3 508
20 000 " " 50 000 "	667	-	-	97	14,5	280	42,0	290	43,5	2 988
50 000 " " 100 000 "	421	19	4,5	46	10,9	201	47,8	155	36,8	1 842
100 000 und mehr	751	60	8,0	140	18,7	233	31,0	318	42,3	3 158
I n s g e s a m t	4 208	117	2,8	499	11,8	1 363	32,4	2 229	53,0	20 069

1) Ohne Nichtwohnbau.

bau, einen noch stärkeren Abfall aus, so daß sich ihr Anteil von 13,1 auf 11,8% verringerte. Bei den 4 208 im reinen Wohnungsbau zugegangenen Sozialwohnungen bevorzugten Wirtschaftsunternehmen und öffentliche Verwaltungen mit 42,1% die 4-Raum-Wohnung, ebenso gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen (41,3%), während private Haushalte großzügiger bauten, denn in dieser Bauherrengruppe überwog eindeutig mit 67,1% die Großwohnung mit 5 und mehr Räumen. Es wird sich hier überwiegend um Wohnungen für kinderreiche Familien handeln, die durch den Gesetzgeber besonders begünstigt werden. In den kleinen Gemeinden unter 2 000 Einwohnern erreichten Großwohnungen mit 5 und mehr Räumen sogar 77,4%, dagegen in den Großstädten mit 100 000 und mehr Einwohnern die Kleinwohnung mit 1 oder 2 Räumen 8% (Gesamtdurchschnitt im Sozialwohnungsbau: 2,8%).

Während im Bundesgebiet die Bauherrengruppe der gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen entgegen den Tendenzen im gesamten Wohnungsbau ihre Position im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues verbessern konnte — ihr Anteil an den Fertigstellungen stieg dort von 53% im Jahre 1966 auf 58% im Berichtsjahr — war eine ähnliche Erscheinung in Rheinland-Pfalz nicht festzustellen. Die genannte Gruppe fiel hier vielmehr in ihrem Anteil von 48,8 auf 46,5% und gab damit den ersten Platz an die privaten Haushalte ab, welche nunmehr 47,6% erreichten (1966: 45,4%). Die übrigen Bauherrengruppen blieben nach wie vor ohne Bedeutung. Unter den privaten Haushalten führten, wie bereits seit dem Jahre 1960, die Arbeiter (48,4%).

Die Anteile der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern und in Einfamilienhäusern änderten sich mit 43,4 und 56,6% gegenüber 1966 nur unwesentlich. Die Zahl der Wohnräume je Wohnung stieg von 4,7 auf 4,8, während die Wohnfläche mit 86,6 qm je Wohnung fast gleich blieb. Damit wurden in Rheinland-Pfalz wiederum die Werte des Bundesgebietes erheblich übertroffen, denn hier kamen nur 4,1 Räume und 76 qm auf eine Wohnung. Ähnlich wie im gesamten Wohnungsbau verbesserten sich auch im Sozialwohnungsbau die Ausstattungsmerkmale im Vergleich zum Vorjahre. Die Wohnungen waren zu 99,1% mit einem Bad ausgestattet und zu 66,6% (im allgemeinen Wohnungsbau 75,8%) mit Zentralheizung. Unter den Bauherren dominierten die sonstigen Unternehmen mit einer 100%igen Badausstattung und einer 83%igen Ausstattung mit Zentralheizung. Auch die freien Wohnungsunternehmen legten großen Wert auf diese Ausstattungsmerkmale (100% Bad, fast 78% Zentralheizung). Wie im allgemeinen Wohnungsbau waren in dieser Hinsicht die Großstädte führend, denn in den Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern wiesen 88,1% der zugegangenen Sozialwohnungen einen Anschluß an die Zentralheizung aus, in den Kleingemeinden unter 2 000 Einwohnern dagegen nur 54,9%. Unter den Regierungsbezirken stand Trier mit 79,9% an der Spitze. Bemerkenswert ist noch, daß im Regierungsbezirk Montabaur immer noch 44,1% der Woh-

Wohnungszugang im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau¹⁾
nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen, Regierungsbezirken
und Ausstattung der Wohnung 1967
(vollgeförderter Wohnungsbau)

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Ins- gesamt	Mit Ofenheizung		Mit Zentralheizung	
		zu- sam- men	mit Bad	zu- sam- men	mit Bad
	Anzahl	%			
Gebietskörperschaften und Organisationen o. E.	166	36,7	36,7	63,3	63,6
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	1 959	33,0	32,1	67,0	66,9
Freie Wohnungsunternehmen	9	22,2	22,2	77,8	77,8
Sonstige Unternehmen	71	16,9	16,9	83,1	83,1
Private Haushalte	1 904	34,1	33,5	65,9	65,9
unter 2 000 Einw.	860	45,1	44,3	54,9	54,7
2 000 bis " 5 000 "	711	37,8	37,4	62,2	61,9
5 000 " " 20 000 "	727	45,5	45,4	54,5	53,9
20 000 " " 50 000 "	660	27,3	27,3	72,7	72,7
50 000 " " 100 000 "	412	28,2	27,9	71,8	71,8
100 000 und mehr "	739	11,9	9,5	88,1	88,1
Koblenz	999	33,4	33,2	66,6	66,2
Trier	373	20,1	19,8	79,9	79,9
Montabaur	247	44,1	42,9	55,9	55,5
Rheinhausen	545	36,3	32,5	63,7	63,1
Pfalz	1 945	33,7	33,6	66,3	66,3
Insgesamt	4 109	33,4	32,7	66,6	66,4

1) Nur Neu- und Wiederaufbau sowie Umbau ganzer Gebäude.

nungen im Sozialwohnungsbau mit Ofenheizung gebaut werden.

Die für alle Baumaßnahmen veranschlagten reinen Baukosten beliefen sich auf 198,8 Mill. DM, also 28,1% weniger als 1966. Davon entfielen 195,7 Mill. DM auf vollgeforderte ganze Wohngebäude, mit denen 1,95 Mill. cbm umbauten Raumes errichtet wurden. 1 cbm kostet damit erstmals mehr als 100 DM (100,4 DM), und die Wohnung kam auf durchschnittlich 47 600 DM. Auch hier dürften, wie im allgemeinen Wohnungsbau, die Kostensteigerungen weitgehend auf Qualitäts- und Ausstattungsverbesserungen und weniger auf Preissteigerungen zurückzuführen sein. Die Sozialwohnung war damit noch um etwa 7 200 DM billiger als eine Wohnung im gesamten Wohnungsbau.

Von den fertiggestellten Wohnungen in voll- und teilgeforderten Bauvorhaben lagen 38,7% in Gemeinden unter 5 000 Einwohnern, 43,5% in solchen mit 5 000 bis unter 100 000 Einwohnern und immerhin noch 17,8% in Großstädten über 100 000 Einwohnern. Beim allgemeinen Wohnungsbau war die Verteilung eine ganz andere. Hier entfielen auf die entsprechenden Gemeindegrößenklassen 58,6, 31,7 und 9,7%. Die Erklärung ist darin zu suchen, daß der Sozialwohnungsbau überwiegend oder wenigstens zu sehr großen Teilen von Wohnungsbauunternehmen (meist gemeinnütziger Art) durchgeführt wird, wobei das Mehrfamilienhaus schon wegen der im Vergleich zum Einfamilienhaus günstigeren Aufteilung des Bodenpreises auf die einzelnen Wohnungen bevorzugt wird. Mehrfamilienhäuser werden aber wiederum überwiegend in den Städten errichtet, während die Einfamilienhäuser Domäne der Kleingemeinden sind.

4. Nichtwohnbau

Obgleich man auf den ersten Blick hin hätte erwarten können, daß der Konjunkturrückgang sich

Gebäudeart Bauherr Gemeindegrößenklasse	Gebäude	Wohnungen	Bruttowohnfläche	Nutzfläche		Umbauter Raum		Veranschlagte reine Baukosten	
				insgesamt	je Gebäude	insgesamt	je Gebäude	insgesamt	je cbm umbauten Raumes
	Anzahl		qm	1 000 qm	qm	1 000 cbm	cbm	1 000 DM	DM
Anstaltsgebäude	106	23	2 748	237	2 236	1 201	11 330	180 102	150,0
Bürogebäude	130	67	6 387	99	762	555	4 269	73 578	132,6
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	1 235	4	315	335	271	1 525	1 235	56 092	36,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	1 325	328	29 278	825	623	4 774	3 603	259 273	54,3
Schulen	88	15	1 355	134	1 523	707	8 034	100 508	142,2
Sonstige Nichtwohngebäude	588	73	6 363	253	430	1 478	2 514	150 873	102,1
Gebietskörperschaften und Organisationen o. E.	639	117	11 185	604	945	3 296	5 158	433 292	131,5
Land- und Forstwirtschaft	1 196	4	315	323	270	1 486	1 242	54 306	36,5
Produzierendes Gewerbe	800	98	9 669	597	746	3 552	4 440	177 564	50,0
Handel, Geld- und Versicherungswesen, Dienstleistungen	715	276	23 874	314	439	1 669	2 334	143 514	86,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	47	5	582	31	660	182	3 872	8 735	48,0
Private Haushalte	75	10	821	14	187	55	733	3 015	54,8
unter 5 000 Einwohner	2 403	247	22 454	819	341	4 254	1 770	266 160	62,6
5 000 bis " 50 000 "	685	168	16 036	625	912	3 473	5 070	298 070	85,8
50 000 " " 100 000 "	130	33	3 119	113	869	668	5 138	58 128	87,0
100 000 und mehr "	254	62	4 837	326	1 283	1 845	7 264	198 068	107,4
Insgesamt	3 472	510	46 446	1 883	542	10 240	2 949	820 426	80,1

1) Ohne Gebäudeteile.

in erster Linie in einem Rückgang des gewerblichen und öffentlichen Nichtwohnbau niederschlagen würde, ist dies nicht der Fall gewesen. Mit 3 472 Nichtwohngebäuden wurden nur 3,7% weniger Gebäude erstellt als 1966. Bei den Gebäudeteilen (741) betrug der Rückgang 8,3%. Insgesamt erfuhr also der Wohnbau eine erheblich stärkere Abschwächung. Allerdings täuschen diese Zahlen insofern, als die erstellten Nichtwohngebäude im Schnitt kleiner geworden sind. Ein besseres Bild von der eigentlichen Bauleistung erhält man, wenn man die Kubikmeter umbauten Raumes betrachtet, und hier ergab sich, daß in ganzen Nichtwohngebäuden 12,4% weniger umbauter Raum zugegangen sind als 1966. Die Nutzfläche in ganzen Gebäuden lag um 6,9% unter dem Vorjahreswert. Im Durchschnitt hatte ein Nichtwohngebäude 542 qm Nutzfläche, das waren 3,4% weniger als 1966. Bei einer Gesamtsumme von etwas über 820 Mill. DM für ganze Gebäude veranschlagter reiner Baukosten kam der cbm umbauten Raumes auf 80,1 DM, d. h. er war um 13,3% teurer als im Vorjahr. Da die Masse der Nichtwohngebäude sehr heterogen ist, können solche Veränderungen auf den mannigfachsten Ursachen beruhen.

Unter den Gebäudearten waren, wie in den vergangenen Jahren, wieder die gewerblichen und die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude der Anzahl nach weitaus am stärksten vertreten. Von den 3 472 Gebäuden entfielen auf sie allein 2 560. Ein ganz anderes Bild von der Bedeutung der einzelnen Ge-

bäudearten ergibt allerdings eine Betrachtung der veranschlagten reinen Baukosten. Als Beispiel seien nur die Schulen herausgegriffen: sie standen mit einer Anzahl von 88 Gebäuden 1 235 landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden gegenüber. Die Kostenrelation war aber 100,5 : 56,1 Mill. DM. Ein in Schulen zugegangener cbm umbauten Raumes kostete somit 142,2 DM, ein in landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden zugegangener dagegen nur 36,8 DM. Am teuersten waren die Anstaltsgebäude mit 150,0 DM. In Anstaltsgebäuden ging auch die relativ meiste Nutzfläche zu, denn auf ein Gebäude kamen 2 236 qm, im Gesamtdurchschnitt aber nur 542 qm.

Da Anstaltsgebäude und Schulen vorwiegend von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter gebaut werden, hatte diese Bauherrngruppe auch den höchsten cbm-Preis (131,5 DM gegenüber 80,1 DM im Gesamtdurchschnitt). Auch die Nutzfläche lag mit 945 qm über dem Durchschnitt von 542 qm. Die privaten Bauherren, welche im Wohnbau absolut führend sind, kamen im Nichtwohnbau nur auf 75 Gebäude mit 187 qm je Gebäude. 1 cbm umbauten Raumes kostete bei ihnen 54,8 DM. Wie bisher entfielen auf die Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern die größten und aufwendigsten Gebäude (überwiegend Anstalts- und Bürogebäude sowie Schulen). Ein Gebäude umfaßte hier 1 283 qm, 1 cbm umbauten Raumes kostete 107,4 DM.

Dr. P. Baron

Aufbau und Gliederung der Volksschulen

Bisher war es in der Schulstatistik üblich, die Gliederung der Volksschulen durch ihre „Klassigkeit“ zu beschreiben. Eine Schule war einklassig, wenn die Schüler der ersten bis letzten Klassenstufe in einer Klasse zusammengefaßt waren. Dieser einklassigen oder ungeteilten Schule steht die vollausgebaute Volksschule gegenüber: solange es noch

kein 9. Schuljahr gab, war eine Schule, in der jeder Schüler entsprechend seiner Klassenstufe in einer Jahrgangsklasse unterrichtet wurde, eine achtklassige Volksschule. Zwischen diesen beiden Extremen gab es eine Vielzahl von Schulen, in denen das 1. bis 8. Schuljahr in zwei, drei oder mehr Klassen zusammengefaßt waren. Die Schulstatistik wies vor Ein-

führung des 9. Schuljahres nicht ganz drei Zehntel aller Schulen als einklassige Schulen aus, fast die gleiche Anzahl bestand aus zweiklassigen Schulen, in denen etwa die Schüler vom ersten bis vierten Schuljahr in einer Klasse, die Schüler der übrigen Jahrgänge in einer anderen Klasse unterrichtet wurden. Die Zahl der vollgegliederten Schulen war verhältnismäßig gering: nur jede 9. Volksschule war achtklassig, jeder dritte Volksschüler des Landes besuchte eine solche Volksschule. Diese statistische Charakterisierung der Schule war relativ einfach zu handhaben: es genügte, die Gesamtzahl aller Schulklassen einer Volksschule festzustellen und die Zahl der Parallelklassen abzuziehen, die Differenz gab die „Klassigkeit“ im oben dargestellten Sinne an. Diese Methode funktionierte solange, als die Volksschule, die nicht alle Klassenstufen umfaßte, die Ausnahme blieb.

Neuerdings ist der Weg, die Gliederung der Volksschulen allein mit dem Kriterium „Klassigkeit“ zu beschreiben, irreführend. Dies erhellt aus einer Zusammenstellung der Volksschulen des jetzt abgelaufenen Schuljahres 1967/68. Nur zwei Fünftel der 2 752 Volksschulen führten alle Klassenstufen, drei Zehntel die Klassenstufen eins bis acht, jede siebte Volksschule umfaßte die Klassenstufen eins bis sechs, jede zehnte die Klassenstufen eins bis vier. Die Schulen, die lediglich die Klassenstufen fünf bis neun (20 Schulen), sechs bis neun (2 Schulen) und sieben bis neun (6 Schulen) umfaßten, fallen zahlenmäßig nicht so sehr ins Gewicht, wenngleich sie als ausgesprochene Mittelpunktsschulen dem Anliegen, jeden Schüler in seiner Jahrgangsklasse zu unterrichten, vollauf gerecht werden. Aber gerade die

Aufbau der Volksschulen am 15. 10. 1967

Klassenstufen	Schulen		Klassen		Schüler	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1 bis 9	1 109	40,3	7 287	64,2	262 466	65,0
1 bis 8	828	30,1	1 976	17,4	69 619	17,2
1 bis 7	70	2,5	174	1,5	6 086	1,5
1 bis 6	372	13,5	802	7,1	27 205	6,7
1 bis 5	21	0,8	104	0,9	3 860	1,0
1 bis 4	287	10,4	597	5,3	19 629	4,9
5 bis 9	20	0,7	200	1,8	7 284	1,8
6 bis 9	2	0,1	19	0,2	730	0,2
7 bis 9	6	0,2	57	0,5	1 932	0,5
17 sonstige Kombinationen	37	1,3	142	1,3	5 060	1,3
Insgesamt	2 752	100,0	11 358	100,0	403 871	100,0

letzten Beispiele zeigen, daß die die Klassenstufen fünf bis neun umfassende Schule nicht als fünfklassig, die nur die Klassenstufen sieben bis neun umfassende Schule nicht als dreiklassig gezählt werden kann. Außer den eben genannten Volksschulformen gibt es noch eine ganze Reihe (19) mit weiteren Klassenstufenkombinationen, wie sieben Schulen, welche die Klassenstufen zwei bis acht führten, vier mit den Klassenstufen drei bis neun und zwei mit den Klassenstufen vier bis sechs. Die letztgenannten Schulen mit den ungewöhnlichen Klassenkombinationen werden nur Übergangserscheinungen sein, nachdem der Landesgesetzgeber Aufbau und Gliederung der Volksschulen im Landesgesetz vom 9. Mai 1968 neu geregelt hat.

Das neue Landesgesetz über die öffentlichen Grund-, Haupt- und Sonderschulen bildet den Abschluß einer bereits 1964 eingeleiteten gesetzgeberischen Aktion, deren Ziel es ist, die innere und äußere Struktur der Volksschule zu verbessern und so ihre Leistungsfähigkeit im Interesse einer vertiefenden, den Anforderungen der modernen Gesellschaft genügenden Bildung und Ausbildung zu heben. Die Volksschule wird nach dem neuen Gesetz organisatorisch in eine die Klassenstufen eins bis vier umfassende Grundschule und eine fünf weitere Klassenstufen umfassende Hauptschule umgestaltet.

Im Mittelpunkt der Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung steht die Hauptschule, die neue Bildungsinhalte, insbesondere durch Einführung einer Fremdsprache, im Deutschunterricht, in der politischen Bildung und in naturkundlich-mathematischen und musischen Bereichen erhalten soll. Diese Anforderungen an die innere Struktur wie auch die rationelle Nutzung der Schulanlagen und ihrer Einrichtungen setzen besondere Maßstäbe an die Größe der Hauptschule: die Regelform wird die mehrzügige Hauptschule sein, d. h. die Hauptschule, die auf jeder der Klassenstufen fünf bis neun mindestens zwei den Bestimmungen über die Klassenmeßzahlen entsprechende Klassen führt. Einzügige Hauptschulen sind nur ausnahmsweise zulässig bei unzumutbaren Schulwegen oder als Ergebnis eines Verfahrens zur Errichtung einer Hauptschule einer anderen Schulart. Der Gesetzgeber verlangt demnach, daß jeder Schüler der Hauptschule in einer seiner Klassenstufe entsprechenden Jahrgangsklasse unterrichtet wird.

Dagegen erfährt die Grundschule nicht die gleiche tiefgreifende Umgestaltung. Zwar ist auch in der

Zusammengesetzte Klassen der Volksschulen am 15. 10. 1967

Zusammengesetzte Klassenstufen	Klassen	Schüler
Grundschuljahrgänge		
1 und 2	524	18 714
1 bis 3	384	13 678
1 bis 4	691	23 039
2 und 3	92	3 763
3 und 4	402	16 269
Sonstige Kombinationen	142	5 069
Zusammen	2 235	80 532
Hauptschuljahrgänge		
5 und 6	368	14 116
5 bis 7	40	1 512
5 bis 8	344	11 137
5 bis 9	157	5 678
6 und 7	149	5 880
6 bis 8	127	4 555
6 bis 9	30	1 186
7 und 8	367	13 392
7 bis 9	102	3 657
8 und 9	80	2 675
Zusammen	1 764	63 788
Grund- und Hauptschuljahrgänge		
1 bis 6	172	5 376
1 bis 8	234	7 954
1 bis 9	134	4 788
4 und 5	158	5 990
4 bis 6	205	7 295
4 bis 8	50	1 693
Sonstige Kombinationen	10	344
Zusammen	963	33 440
Zusammengesetzte Klassen		
Insgesamt	4 962	177 760

Jahrgangsklassen der Volksschulen am 15.10. 1967

Klassenstufe	Klassen	Schüler	
	Anzahl		% ¹⁾
1	763	27 544	55,8
2	674	23 892	52,1
3	892	32 735	55,8
4	914	35 055	57,9
5	671	25 135	52,5
6	507	17 573	46,2
7	505	17 917	49,2
8	547	18 589	52,8
9	923	27 671	87,0
Insgesamt	6 396	226 111	56,0

1) Anteil an der Gesamtschülerzahl der jeweiligen Klassenstufe.

Grundschule die Bildung mindestens einer Klasse für jede Klassenstufe anzustreben, in der Regel aber soll die Zweiklassigkeit bei der Grundschule die untere Grenze sein. Weniger als zwei Klassen soll eine Grundschule nur vorübergehend oder nur dann umfassen, wenn es besondere Umstände, vor allem die Siedlungsstruktur, erfordern.

Eine Vorstellung von den schulorganisatorischen Maßnahmen, die im Vollzug des neuen Landesgesetzes zu erwarten sind, erhält man aus der Statistik über die Volksschulen, die nach dem Stand vor Erlass des neuen Landesgesetzes, also zu Beginn des Schuljahres 1967/68, durchgeführt worden ist. Um die Gliederung der Volksschulen in ihrer Gesamtheit besser überschauen zu können, wurde sowohl jede Schule als auch jede Klasse mit einer charakterisierenden Signierung gekennzeichnet. Aus der Signierung der Schule sollte erkennbar sein, welche Klassenstufen die Schule überhaupt führt. Über die 26 vorhandenen Formen, die sich dabei herausstellten, wurde eingangs berichtet. Neben der Schule als Ganzes erhielt aber nun auch jede der 11 358 Klassen ihre Kennzeichnung. Im Erhebungsbogen mußte der Schulleiter für jede einzelne Klasse bestimmte Angaben machen, auf Grund deren in einer Signierung festgehalten werden konnte, ob es sich bei der Klasse um eine Jahrgangsklasse oder um eine aus verschiedenen Klassenstufen zusammengesetzte Klasse handelte. Gleichzeitig war aus der Signatur zu ersehen, welche Klassenstufen die Klasse im einzelnen führte. Als wichtigstes Ergebnis kann festgehalten werden: zu Beginn des Schuljahres 1967/68 gab es 6 396 Jahrgangsklassen mit

insgesamt 226 111 Schülern, während 4 962 Klassen mit insgesamt 177 760 Schülern aus mehreren Klassenstufen zusammengesetzt waren. Mehr als die Hälfte (56,3%) aller Klassen waren somit Jahrgangsklassen. Dem Klassenanteil entsprach auch der Schüleranteil; genau 56% aller Volksschüler wurden in Klassen unterrichtet, die nur aus Schülern einer Klassenstufe bestanden. Von den für mehrere Klassenstufen zusammengesetzten Klassen waren diejenigen, in denen Schüler zweier aufeinander folgender Klassenstufen unterrichtet wurden, mit 2 140 Klassen und über 80 000 Schülern die häufigsten. Fast jede fünfte Klasse war so zusammengesetzt, jeder fünfte Volksschüler besuchte eine solche Klasse. Die Zahl der Klassen, in denen Schüler aller Klassenstufen von eins bis neun unterrichtet wurden, betrug 134; diese Klassen waren von 4 788 Volksschülern besucht.

Führt man sich die Forderungen, die das neue Gesetz hinsichtlich der Gliederung der Grund- und Hauptschule stellt, nochmals vor Augen und vergleicht sie mit der Situation der Volksschulen, wie sie im vergangenen Schuljahr bestand, als das Gesetz noch nicht erlassen war, dann zeichnet sich ein einprägsames Bild ab: Von den Volksschülern in den Grundschuljahrgängen waren zwar mehr als die Hälfte (55,6%) in einer Jahrgangsklasse, jeder fünfte Schüler aber war mit Schülern einer anderen Klassenstufe in einer Unterrichtsklasse zusammen, und für jeden vierten Schüler aus Grundschuljahrgängen fand der Unterricht in einer Klasse statt, die mehr als zwei Klassenstufen führte, in einer Klassenform also, die vom Gesetzgeber künftig lediglich als siedlungsbedingt oder als vorübergehende Ausnahme zugelassen ist. Für die Hauptschule fordert das neue Gesetz die Jahrgangsklasse. Vor seinem Erlass befanden sich lediglich 52,5% der Schüler der fünften Klassenstufe, 46,2% der Schüler der sechsten, 49,2% der Schüler der siebten und 52,8% der Schüler der achten Klassenstufe in Jahrgangsklassen. Am nächsten war das Ziel der Jahrgangsklassen für die Unterrichtung der Schüler der neu eingeführten neunten Klassenstufe herangerückt: 87% von ihnen besuchten bereits eine Jahrgangsklasse und nur 13% wurden mit Schülern anderer Klassenstufen, vorwiegend mit Schülern der achten bzw. siebten und achten Klassenstufe, unterrichtet.

Dr. P. Schuck

Strafvollzug im Jahre 1967

Bekanntgewordene und aufgeklärte Straftaten sowie die gerichtliche Aburteilung der Täter sind Gegenstand der Tatermittlungsstatistik und der Strafverfolgungsstatistik. Die Strafvollzugsstatistik vermittelt dagegen einen Einblick in die Vollstreckung der vom Gericht angeordneten Strafen und Maßnahmen, soweit diese einen Freiheitsentzug darstellen. Gemeinsam dienen diese Kriminalstatistiken als Unterlage sowohl dem Staat zur Lösung seiner gesetzgeberischen und rechtspflegerischen Aufgaben als auch zahlreichen Forschungszweigen der Wissenschaft. Methodische, zeitliche und hinsichtlich der erfaßten Personen zahlenmäßige Unterschiede las-

sen eine direkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Strafvollzugsstatistik mit den Ergebnissen der übrigen Kriminalstatistiken nicht zu, was jedoch nicht besagt, daß eine umfassende statistische Darstellung der Strafrechtspflege auf die Ergebnisse der Strafvollzugsstatistik verzichten könnte. Das Programm der Strafvollzugsstatistik basiert auf zwei Jahreserhebungen, und zwar werden zum einen die Gefangenenanzahl am Anfang und am Ende des Berichtsjahres sowie die zwischenzeitlichen Veränderungen, zum anderen die persönlichen und kriminologischen Merkmale der jeweils am 31. März Ingesessenen und Verwahrten nachgewiesen. Den nachfolgenden

Ausführungen liegen die Ergebnisse beider Erhebungen zugrunde.

1. Anstalten und Belegfähigkeit

Am Jahresende 1967 verfügten die Justizbehörden des Landes über neun selbständige Strafvollzugsanstalten und 16 Gerichtsgefängnisse. Die beiden Anstaltsarten unterscheiden sich insofern, als den selbständigen Anstalten ein hauptamtlicher Leiter vorsteht, die Gerichtsgefängnisse hingegen der nebenamtlichen Leitung eines Richters, Staatsanwaltes oder eines Vollzugsbeamten unterstehen. Entsprechend ihrer Organisation handelt es sich bei den selbständigen Anstalten um größere, auch für den Vollzug schwererer Strafen geeigneter Einrichtungen. In ihnen werden auch die angeordneten Maßnahmen der Sicherung und Besserung — soweit es Sicherungsverwahrung und Arbeitshaus betrifft — vollstreckt. Nach der Belegungskapazität steht das Strafgefängnis Wittlich, dem die einzige Jugendstrafanstalt in Rheinland-Pfalz angegliedert ist, mit insgesamt 740 Plätzen größtmäßig an der Spitze der selbständigen Anstalten. Es folgen die Strafanstalt Freindiez (530 Plätze), das Strafgefängnis Zweibrücken (480), die Haftanstalten Mainz (300), Koblenz (280), Frankenthal (250), Kaiserslautern (150), Trier (131) und schließlich die Straf- und Untersuchungshaftanstalt für Frauen in Neuwied (65). Außer in dieser Frauenanstalt sind weibliche Delinquenten auch in gesonderten Abteilungen anderer Anstalten untergebracht. So meldeten zum Jahresende 1967 die Anstalten in Mainz, Trier und Zweibrücken sowie die Gerichtsgefängnisse in Ludwigshafen und Landau ebenfalls das Einsitzen von Frauen. Summiert man die Aufnahmekapazitäten aller selbständigen Anstalten, dann ergibt sich zum vorgenannten Zeitpunkt eine Gesamtbelegungsfähigkeit von stark 2 900 Plätzen. Bei Berücksichtigung des Aufnahmevermögens der 16 Gerichtsgefängnisse — die Schwankungsbreite der verfügbaren Plätze zwischen 10 und 100 läßt ihre unterschiedlichen Größen erkennen — erhöht sich die Platzzahl auf rund 3 500. Von diesen waren genau zwei Drittel für eine Einzelunterbringung bestimmt.

Obwohl einige der größeren Vollzugsanstalten zeitweise eine effektive Überbelegung zu verzeichnen hatten, errechnet sich aus dem Verhältnis der für alle justizeigenen Vollzugsanstalten ermittelten Durchschnittsbelegung des Jahres 1967 (3 286) zur oben angeführten Gesamtbelegungsfähigkeit eine Belegungsquote von 93%. Die Zugänge (17 539) und Abgänge (17 212) innerhalb des Jahreszeitraumes weichen in ihren Größenordnungen kaum voneinander ab; sie liegen jeweils um mehr als viermal höher als die Zahl der Durchschnittsbelegung. Damit wird eine durch die Masse der Fälle mit geringerer Straf- oder Unterbringungszeit bedingte beachtliche Fluktuation aufgezeigt. Rund 7 100 Verurteilte traten ihre Strafe während des Jahres 1967 an; für 6 000 der Eingessenen endete in dieser Zeit die Strafverbüßung oder Maßregel.

2. Art des Vollzugs und Straftaten

Dem Ergebnis der Stichtagerhebung vom 31. März 1967 zufolge saßen zu diesem Zeitpunkt 2 521 Per-

sonen in den justizeigenen Anstalten des Landes zur Strafverbüßung oder zur Verwahrung (ausschließlich der Untersuchungshaft) ein. Knapp 4% von ihnen waren Frauen. Etwa ein Viertel der Eingessenen verbüßte eine Zuchthausstrafe, nicht ganz zwei Drittel eine Gefängnisstrafe. Jugendstrafe wurde an 170 der Häftlinge vollstreckt. Nur ein einziger Gefangener befand sich in Einschließung, welche ihrem Wesen nach eine nicht entehrende Freiheitsstrafe darstellt. Gering war auch die Zahl der zur Haftstrafe einsitzenden Personen (19), wie überhaupt der Umfang der Haftverbüßungen wäh-

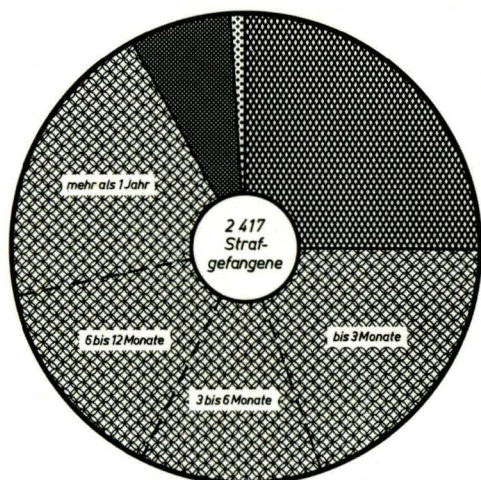
Straf- und Verwahranstalten am 31. 12. 1967

Anstaltsart	Ins-gesamt	Plätze		Durchschnittliche Belegung 1967
		Einzelunterbringung	Gemeinschaftsunterbringung	
Selbständige Anstalten (9)	2 927	2 024	903	2 848
Strafgefängnis und Jugendstrafanstalt Wittlich	739	629	110	759
Strafanstalt Freindiez	528	496	32	598
Strafgefängnis und Untersuchungshaftanstalt Zweibrücken	483	308	175	446
Haftanstalt Mainz	300	195	105	260
Haftanstalt Koblenz	276	116	160	265
Haftanstalt Frankenthal	252	114	138	219
Haftanstalt Kaiserslautern	153	72	81	137
Haftanstalt Trier	131	32	99	104
Straf- und Untersuchungshaftanstalt für Frauen Neuwied	65	62	3	58
Gerichtsgefängnisse (16)	606	331	275	439
Insgesamt	3 533	2 355	1 178	3 286

rend der Jahre 1966/67 gegenüber früheren Jahren sehr beachtlich abgenommen hat. Es ist dies weitgehend eine Folge des Zweiten Gesetzes zur Sicherung des Straßenverkehrs vom 26. November 1964, wonach bestimmte, früher als Übertretungen geltende Verkehrsdelikte als den Tatbestand eines Vergehens erfüllend angesehen und entsprechend strafmäßig behandelt werden. 29 Rechtsbrecher wurden am 31. März des Berichtsjahres in Sicherungsverwahrung gehalten. Bei weiteren 75 Personen war der Grund ihrer Inhaftierung die Anordnung zur Unterbringung im Arbeitshaus.

a. Vollzug von Zuchthausstrafen: 591 Männer und 19 Frauen verbüßten zum Erhebungszeitpunkt eine Zuchthausstrafe. Der Verhängung dieser Strafen liegen etwa zur Hälfte die Delikte Einbruchdiebstahl und Rückfalldiebstahl zugrunde. Die nächstgrößte Tätergruppe (102) waren Personen, welche Verbrechen gegen das Leben begangen haben; unter ihnen befanden sich 68 wegen vollendeten Mordes als Einzeltäter, Mittäter oder Gehilfe, 11 wegen versuchten Mordes und 17 wegen Totschlags Verurteilte. Zu diesem Täterkreis zählten 14 der damals insgesamt 19 im Zuchthaus einsitzenden Frauen. Ihre Verbrechen gegen die Sittlichkeit sühnten 87 Personen mit einer Zuchthausstrafe, 21 von ihnen hatten sich an Kindern vergangen. Überdies sind Raub und Erpressung (79) sowie Betrug und Untreue (51) die hauptsächlichsten Delikte, deren die übrigen mit Zuchthausstrafen belegten Täter überführt worden waren.

Strafgefangene nach Art der Strafe Ende März 1967



Zuchthaus Gefängnis Jugendstrafe Sonstige

49/68

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

Einzel Täterschaft und Mittäterschaft bei Mord haben als Delikte schwersten Unrechtsgehaltes stets die gerichtliche Verurteilung zu lebenslangem Zuchthaus zur Folge. Am Erhebungstag waren es 48 Männer und 10 Frauen, an welchen wegen dieses Verbrechens eine solche Strafe vollstreckt wurde. Insgesamt aber sind in den vorliegenden Ergebnissen 66 Mörder unter den obengenannten Tatformen nachgewiesen, was besagt, daß 8 dieser Delinquenten am Tage des Begehens der Tat noch unter 21 Jahre alt waren und bei ihrer Verurteilung durch Anwendung des Jugendstrafrechts vor dem Zuchthaus bewahrt blieben. Bei den zeitlichen Zuchthausstrafen finden sich die häufigsten Nachweisungen in den beiden Gruppen 2 bis einschl. 5 Jahre (52%) und 5 bis einschl. 10 Jahre (18%). 23 Täter (4%) verbüßten eine Zuchthausstrafe zwischen 10 und 15 Jahren.

b. Vollzug von Gefängnisstrafen: 1617 Personen saßen am Stichtag in den Strafanstalten des Landes auf Grund richterlicher Verurteilung zu Gefängnisstrafe ein, 59 von ihnen waren weiblichen Geschlechts. Auch hier haben die wegen Eigentumsdelikten Bestraften das stärkste zahlenmäßige Gewicht (35%). Außerdem heben sich anteilmäßig unter den zu Gefängnisstrafen verurteilten Einsitzenden noch die des Betrugs oder der Untreue (12,5%), der gemeingefährlichen Verbrechen und Vergehen (11%), der Sittlichkeitsdelikte (9,3%) und der Straftaten gegen den Personenstand, Ehe und Familie (8,5%) überführten Täter hervor. 14 der Eingesessenen hatten eine Tat begangen, welche nach den Vorschriften des Wehrstrafgesetzes geahndet worden war. Von Interesse dürfte auch die Zahl der zum Erhebungs-

zeitpunkt wegen Verkehrsstraftaten in den Gefängnissen ermittelten Personen sein. Sie belief sich — ungeachtet der Deliktsart — auf 306, wobei annähernd die Hälfte der Täter ihre Verurteilung einem strafwürdigen Fehlverhalten im Straßenverkehr infolge von Trunkenheit am Steuer oder eines Vollrauschs zu verdanken hatten.

Das Ergebnis über die Dauer der bei den Einsitzenden verhängten Gefängnisstrafen ist wegen des zwischen einem Tag und 10 Jahren möglichen zeitlichen Strafraumens äußerst differenziert. Die große Mehrheit der Strafen (70%) umfaßte Zeiten bis zu einem Jahr, wobei die zweimonatige Strafe dominierte. Bei den dann aufsteigenden Jahresgruppen war es die zwischen 1 und 2 Jahren (19%), welche die stärkste Besetzung aufwies. Die niedrigsten und höchsten Gefängnisstrafen hatten jeweils 4 der Einsitzenden, die in den Gruppen „1 Tag bis einschließlich 1 Woche“ und „mehr als 5 bis einschließlich 10 Jahre“ nachgewiesen sind.

c. Vollzug von Jugendstrafen: Anders wie die als Ahndungen leichterer Art im Jugendstrafrecht vorgesehenen Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel ist die Jugendstrafe ein der Gefängnisstrafe analoger Freiheitsentzug, welcher bei der Verurteilung angewandt wird, wenn wegen der schädlichen Neigungen des Jugendlichen, die in der Tat hervorgetreten sind, die erstgenannten Maßnahmen zur Erziehung nicht ausreichen oder wenn wegen der Schwere der Schuld Strafe erforderlich ist. Jugendstrafe kann nur gegen Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre) und Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahre) verhängt werden, jedoch ist ihr Vollzug in Jugendstrafanstalten bis zum 24. Lebensjahr (Jungerwachsene) zulässig. Überdies darf in Jugendstrafanstalten unter bestimmten Voraussetzungen auch Gefängnisstrafe an Jungerwachsenen vollzogen werden, wie auch Jugendstrafe in Form von Gefängnisstrafe erfolgen kann, wenn der Jugendliche sich nicht für den Jugendstrafvollzug eignet. Häufigstes Delikt, welches die Jugendstrafe der insgesamt 170 Inhaftierten nach sich zog, war wiederum der Diebstahl in all seinen Arten (75%) mit Ausnahme des Bandendiebstahls. 15 jugendliche Täter saßen wegen Raub und Erpressung ein, 9 hatten ein Sittlichkeitsdelikt begangen. Einen vollendeten und einen versuchten Mord büßten zwei jugendliche Täter. Kindestötung wurde einem der beiden einsitzenden weiblichen Jugendlichen zur Last gelegt, während die andere Täterin sich eines Eigentumsdeliktes schuldig gemacht hatte.

Bei den Freiheitsstrafen gibt es nur bei der Jugendstrafe eine solche von unbestimmter Zeitdauer, die jedoch nach oben hin auf 4 Jahre begrenzt ist. Diese Strafe wird verhängt, wenn eine Jugendstrafe von höchstens 4 Jahren geboten ist und sich nicht vorausschauen läßt, welcher Zeit es bedarf, um den Jugendlichen durch den Strafvollzug zu einem rechtschaffenen Lebenswandel zu erziehen. Dies war bei 28 der Ende März 1967 im Jugendstrafvollzug Befindlichen der Fall. Drei Jugendliche hatten einen zwischen 5 und der Höchststrafe von 10 Jahren liegenden Freiheitsentzug erhalten, wogegen 16 der Eingesessenen mit der

Vollzugsart	Ins- gesamt	Im Alter von ... bis unter ... Jahren				Familienstand			
		unter 25	25 - 45	45 - 65	65 und älter	ledig	ver- heiratet	ver- witwet	ge- schieden
Zuchthaus	610	38	472	94	6	277	173	24	136
Gefängnis ¹⁾	1 617	339	1 117	154	7	731	630	19	237
Jugendstrafe ²⁾	170	170	-	-	-	168	2	-	-
Andere Freiheitsstrafen	20	5	11	4	-	10	7	1	2
Sicherungsverwahrung	29	-	16	12	1	18	6	1	4
Arbeitshaus, Asyl	75	3	37	34	1	43	6	3	23
Insgesamt	2 521	555	1 653	298	15	1 247	824	48	402

1) Einschl. Jugendstrafe bei Verurteilten, die gem. § 92 JGG aus dem Jugendstrafvollzug ausgenommen sind. - 2) Einschl. Gefängnisstrafe bei Verurteilten, die gem. § 114 JGG in der Jugendstrafanstalt vollzogen wird.

Mindeststrafe von 6 Monaten davon kamen. Mit den einem Drittel der Eingesessenen zudiktierten Jugendstrafen zwischen 1 und 2 Jahren war dieses Strafmaß das am häufigsten vorkommende.

3. Persönliche Merkmale der Täter

Wie bereits erwähnt, hatten die am Erhebungstag in den Strafanstalten des Landes eingesessenen Frauen — es waren 99 — einen nur unwesentlichen Anteil von 4% an der Gesamtzahl der damaligen Strafgefangenen (2 521). Unterstellt man dem Stichtagsergebnis bezüglich der Geschlechterverteilung eine gewisse Repräsentanz, so spiegelt sich auch hier die durch andere Rechtspflegestatistiken bestätigte, sehr viel geringere Kriminalität der Frauen wieder.

Betrachtet man die Alterskurve der Eingesessenen, so nimmt diese einen langsamen, nicht ganz kontinuierlich ansteigenden Verlauf bis zu einem Gipfel in der Gruppe der 25- bis 30jährigen, um dann wieder stetig abzufallen. Abgesehen von dem deliktisch-strukturell ausschlaggebenden Einfluß des Alters innerhalb bestimmter Entwicklungsperioden, entspricht auch dieses Bild der kriminalistischen Erkenntnis, daß „der Hang zum Verbrechen“ in der Mitte der 20- bis 30er Jahre den Kulminationspunkt erreicht. Die Eingesessenen gehörten zu gut 45% dieser Altersklasse an, 47 Jugendliche hatten das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht und 6 Inhaftierte das siebzigste bereits überschritten.

Dem Familienstand nach waren die Gefangenen zur Hälfte ledig, ein Drittel war verheiratet, knapp 2% verwitwet und 16% geschieden. Sowohl von der Kriminalität als auch von der Gesamtmasse der Eingesessenen her gesehen, ergibt sich der starke Anteil der Ledigen vorwiegend aus dem relativ großen Anteil der jugendlichen und jungerwachsenen Täter. Der unverhältnismäßig hohe Anteil der Geschiedenen am Strafgeschehen läßt sich zumindest teilweise mit den durch eine Scheidung oftmals verursachten psychologischen Unstimmigkeiten erklären, durch welche die Betroffenen zu unüberlegten Taten und auch zur Verübung von Delikten leichter geneigt sein können.

Unter den am Stichtag Eingesessenen wurden 66 Ausländer (2,6%) gezählt, gut 72% der Gefangenen hatten ihren Wohnsitz in Rheinland-Pfalz. Ohne

festen Wohnsitz waren 401 Deliquenten. Zu diesen gehörten 64 der insgesamt 75 im Arbeitshaus Untergebrachten.

Für die Beurteilung des kriminellen Charakters eines Täters sind die Vorstrafen, ihre Art und Zahl sowie die zugrundeliegenden Delikte wesentliche Kriterien. So bietet auch die Strafvollzugsstatistik mit der Nachweisung der Häufigkeit strafrechtlicher Verurteilungen im Vorleben der eingesessenen Täter aufschlußreiches Zahlenmaterial, welches allerdings wegen fehlender Kombination der Vorstrafen mit den begangenen Straftaten keine Aussage über die deliktspezifische Rückfälligkeit erlaubt. Und gerade dies wäre interessant, weil es sich bei dem Kreis der Strafgefangenen zum großen Teil um kriminell labile Rechtsbrecher mit Straftaten vorwiegend mittleren oder schwereren Unrechtsgehaltes handelt. Schon die Gegenüberstellung der Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik (verurteilte Personen) und der Strafvollzugsstatistik über die Vorstrafen bietet hierfür einen Anhalt: Während bei den Verurteilten des Jahres 1966 nicht einmal die Hälfte eine Vorstrafe hatte, belief sich die Quote der Vorbestraften bei allen Eingesessenen am 31. März 1967 auf annähernd 85%. Die Quote der vorbestraften Zuchthäusler lag sogar bei stark 90%. Etwa ein Drittel von diesen hatte vor der derzeitigen Strafverbüßung wenigstens schon einmal in einem Zuchthaus gesessen, gut die Hälfte war vor der jetzigen Zuchthausstrafe bereits mit Gefängnisstrafe belegt worden. Auch die am Stichtag im Gefängnisvollzug Einsitzenden wiesen eine sehr hohe Vorbestraftenquote auf (88%), und zwar wurden an 3% der Rückfälligen schon Zuchthausstrafen, an mehr als zwei Drittel Gefängnisstrafen vor dem jetzigen Freiheitsentzug vollstreckt. Geradezu gering erscheint dagegen der Anteil der Vorbestraften bei den im Jugendstrafvollzug Nachgewiesenen. Hier ist es nur jeder Fünfte, welcher vor der letzten Tat straffällig geworden war und mindestens eine Strafe erhalten hatte. Es sei aber angemerkt, daß die Strafvollzugsstatistik nur solche jugendliche und jungerwachsene Täter als Vorbestrafte erfaßt, deren Vorstrafen ausschließlich Strafen im engeren Sinne der Strafgesetzgebung darstellen. Die im Jugendstrafrecht bekannten, bereits erwähnten Erziehungsmaßnahmen und Zuchtmittel zählen nicht dazu. Insofern dürfte die Zahl der im Jugendstrafvollzug Einsitzenden, welche vor ihrer

letzten Tat mit den Gesetzen in Konflikt geraten waren und Ahndungen erfahren haben, größer sein als die Zahl der nachgewiesenen Vorbestraften.

Alle damals in Sicherungsverwahrung Befindlichen (29) waren mehrfach vorbestraft. Dies traf auch für die im Arbeitshaus Verwahrten (79) zu, mit Ausnahme von 3 Frauen, deren Vorstrafenregister nur jeweils eine Strafe aufwies. Von allen am Stichtag in den Strafanstalten des Landes Erfassten (2 521)

hatten 362 (14,4%) nur eine Vorstrafe, rund 700 (28%) zwischen 5 und 10 Vorstrafen. Auf mehr als 20 Vorstrafen hatten es 49 (2%) der Eingessessenen gebracht. Bereits im 1. Jahr nach ihrer letzten Entlassung wurden 29% der Vorbestraften wieder zur Strafverbüßung eingewiesen. Nicht ganz ein Zehntel genoß die Freiheit vor der letzten Einlieferung über einen Zeitraum von mindestens 6 Jahren.

R. Zirwes

Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1967

1. Unfälle

Im Jahre 1967 registrierte die Polizei in Rheinland-Pfalz 73 177 Straßenverkehrsunfälle mit Personen- oder Sachschaden. Bei 20 588 dieser Unfälle wurden Personen getötet oder verletzt. Darunter war bei 1 046 Unfällen ein tödlicher Ausgang zu verzeichnen. Für 7 973 von den 52 589 Unfällen mit nur Sachschaden wurde bei mindestens einem der Beteiligten ein Schaden von 1 000 DM und mehr festgestellt. Bei der Masse der Unfälle mit nur Sachschaden von weniger als 1 000 DM bei jedem der Beteiligten ist die Erfassung lückenhaft, weil sich viele Unfallbeteiligten gütlich einigen, ohne die Polizei hinzuzuziehen. Um eine bessere Vergleichbarkeit der statistischen Ergebnisse zu erzielen, werden deshalb seit 1965 in der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik nur noch Personenschadensunfälle und schwere Sachschadensunfälle (mit einem Sachschaden von 1 000 DM und mehr bei einem der Beteiligten) näher untersucht, die auch Gegenstand dieser Abhandlung sind. Da für diese Teilmasse für die Zeit vor 1965 keine Vergleichszahlen vorliegen, können bei einem langfristigen Vergleich allerdings nur die Unfälle mit Personenschaden herangezogen werden, für die hinreichende Gleichartigkeit und Vollständigkeit gewährleistet sind.

Die langfristige Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle wird durch mannigfaltige Faktoren bestimmt, so vor allem durch das ständige Wachsen der Verkehrsdichte auf den Straßen, durch strukturelle Veränderungen in der Zusammensetzung des Verkehrsvolumens, durch gesetzgeberische Maßnahmen, durch die technische Entwicklung der Fahrzeuge, durch zeitliche Gegebenheiten (Witterung, Nacht usw.) und durch Änderungen in der Verhaltensweise der Verkehrsteilnehmer. Da sich die Einflüsse dieser Faktoren kaum eindeutig festlegen lassen, beschränkt sich die Analyse der Straßenverkehrsunfälle im Rahmen der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik gezwungenermaßen auf bestimmte äußerlich feststellbare Erscheinungen des Unfallgeschehens. Durch Untersuchung der Unfallbeteiligten, der verunglückten Personen, der Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung (Ursachen), der Unfallarten, der Unfallorte und der Unfallzeit wird versucht, ein Bild über das Unfallgeschehen zu schaffen.

Von 1951 an, dem ersten Jahr, für das tiefer gegliederte Ergebnisse vorliegen, bis 1967 haben sich

die von der Polizei gemeldeten Straßenverkehrsunfälle mehr als vervierfacht. Obwohl die Sachschadensunfälle langfristig nicht exakt vergleichbar sind, läßt sich doch erkennen, daß sie stärker angestiegen sind als die Personenschadensunfälle. Während der Anteil der Unfälle, bei denen Personen getötet oder verletzt wurden, 1951 noch mehr als die Hälfte der von der Polizei registrierten Unfälle ausmachte, waren es 1960 nur 36,9% und 1967 sogar nur 28,1%. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß die Unfälle mit kleineren Sachschäden auf Grund der ständig steigenden Verkehrsdichte (vor allem innerhalb von Ortschaften) laufend zunehmen, während bei den Personenschadensunfällen keine eindeutig steigende oder fallende Tendenz erkennbar ist. In den ersten vier Jahren von 1951 bis 1955 erhöhten sie sich zwar stark um jährlich durchschnittlich 16,8%, von etwa Mitte 1955 an trat im wesentlichen jedoch eine Stabilisierung ein, die bis Anfang 1958 reichte (durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 1955 bis 1958: + 1,4%). Hierbei dürften sich die verschärften gesetzgeberischen Maßnahmen, die in diesen Jahren erlassen wurden, ausgewirkt haben. Bis 1960 trat wiederum ein starker Anstieg ein (jährlich + 9,0%), der zu dem bisherigen Höchststand von 20 861 Unfällen mit Personenschaden im Jahre 1960 führte, der um mehr als das Doppelte höher lag als 1951. In den folgenden Jahren bis 1963 verringerten sich die Personenschadensunfälle um durchschnittlich 2,9%, um anschließend bis 1967 wiederum leicht um jährlich 1,9% anzusteigen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Unfälle mit Personenschaden im Durchschnitt außerhalb von Ortschaften stärker angestiegen sind als die innerhalb von Ortschaften, so daß der Anteil der letztgenannten an der Gesamtzahl der Unfälle von 67,3% im Jahre 1951 auf 57,4% im Jahre 1967 zurückging. Zu dieser Entwicklung haben sicherlich zum großen Teil die gesetzgeberischen Maßnahmen beigetragen, vor allem die Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit auf den Straßen innerhalb von Ortschaften auf einheitlich 50 km/h (1957), die Einrichtung von Fußgängerüberwegen sowie die vermehrte Verkehrsregelung durch Ampeln.

Gegenüber 1966 erhöhte sich die Gesamtzahl der Straßenverkehrsunfälle um 1,6%, wobei die Zuwachsraten für die Personenschadens- und Sachschadensunfälle mit + 1,6 bzw. + 1,7% etwa gleich hoch waren. Hervorzuheben ist, daß die Unfälle mit

Jahr	Unfälle								Verunglückte			
	ins-gesamt	mit Personenschaden				mit nur Sachschaden			ins-gesamt	Ge-tötete	Schwer-verletzte	Leicht-verletzte
		zu-sammen	mit Ge-töteten	mit Schwer-verletzten	mit Leicht-verletzten	zu-sammen	von 1 000 DM und mehr bei einem der Beteiligten	von unter 1 000 DM bei jedem der Beteiligten				
1949	6 795	4 838	422	4 416	
1950	12 143	8 159	453	7 706	
1951	16 921	9 070	.	.	.	7 851	.	.	11 919	499	11 420	
1952	21 373	10 755	.	.	.	10 618	.	.	14 294	555	13 739	
1953	25 660	13 328	.	.	.	12 332	.	.	18 152	818	8 323	9 011
1954	28 171	14 323	.	.	.	13 848	.	.	19 071	891	8 390	9 790
1955	33 522	16 878	828	7 176	8 874	16 644	.	.	22 915	895	9 088	12 932
1956	35 794	17 175	845	7 206	9 124	18 619	.	.	23 090	894	9 145	13 051
1957	36 032	16 759	853	6 911	8 995	19 273	.	.	22 573	914	8 626	13 033
1958	41 896	17 567	778	7 305	9 484	24 329	.	.	23 779	820	9 182	13 777
1959	48 759	19 998	1 003	7 811	11 184	28 761	.	.	27 588	1 085	9 770	16 733
1960	56 450	20 861	930	7 469	12 462	35 589	.	.	29 101	1 021	9 272	18 808
1961	58 462	20 333	962	7 096	12 275	38 129	.	.	29 023	1 043	9 020	18 960
1962	62 076	19 297	880	6 698	11 719	42 779	.	.	27 532	964	8 433	18 135
1963	67 447	19 120	945	6 784	11 391	48 327	.	.	27 449	1 028	8 683	17 738
1964	67 154	19 612	982	7 024	11 606	47 542	6 281	41 261	28 878	1 090	9 085	18 703
1965	68 356	19 099	924	6 937	11 238	49 257	7 152	42 105	27 592	998	8 892	17 702
1966	71 991	20 261	989	7 352	11 920	51 730	7 934	43 796	29 667	1 075	9 340	19 162
1967	73 177	20 588	1 046	7 738	11 804	52 589	7 973	44 616	30 496	1 151	10 110	19 235

Getöteten (+ 5,8%) und Schwerverletzten (+ 5,3%) überdurchschnittlich anstiegen und diejenigen mit Leichtverletzten rückläufig (- 1,0%) waren. Während die Unfälle mit nur Sachschaden von 1 000 DM und mehr bei einem der Beteiligten stagnierten (+ 0,5%), lag die Zuwachsrate für die Sachschadensunfälle unter 1 000 DM je Beteiligten mit + 1,9% etwas über dem Durchschnitt.

2. Unfallbeteiligte

An den 28 561 Unfällen mit Personenschaden oder nur Sachschaden von 1 000 DM und mehr bei einem der Beteiligten waren 1967 52 932 Verkehrsteilnehmer beteiligt, im Durchschnitt also 1,9 Verkehrsteilnehmer je Unfall. Zu den Verkehrsteilnehmern zählen Fahrer (nicht Mitfahrer) von Fahrzeugen, Fußgänger und sonstige Verkehrsteilnehmer (zum Beispiel Straßenarbeiter, Reiter). Weit über vier Fünftel (86,4%) der Unfallbeteiligten stellten die Führer von Kraftfahrzeugen aller Art (einschließlich Mopeds und Mofas). Davon entfiel der überwiegende Teil auf Personenkraftwagen (68,7%), gefolgt von Lastkraftwagen (8,5%), Krafträdern (2,9%) sowie Mopeds und Mofas (2,7%). Mit 8,7% der Unfallbeteiligten waren die Fußgänger hinter den Personenkraftwagen die bedeutendste Gruppe, Radfahrer waren zu 4,3% beteiligt.

Durch Errechnung des Anteils der an Personenschadensunfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer an der Gesamtzahl der Verkehrsteilnehmer nach Arten erhält man einen groben Maßstab über die körperliche Gefährdung der Verkehrsteilnehmer bei Straßenverkehrsunfällen. Während im Durchschnitt 71,8% aller beteiligten Verkehrsteilnehmer in Unfälle mit Personenschaden verwickelt waren, lag diese Quote bei den Fußgängern (99,5%), Radfahrern (99,3%), Mopeds und Mofas (99,1%) und Krafträdern (98,8%) weit darüber. Die Gefahr, bei Straßenverkehrsunfällen getötet oder verletzt zu werden, ist also für diese Verkehrsteilnehmer besonders hoch. Man kann sogar sagen, daß bei Unfällen, an denen diese Verkehrsteilnehmer beteiligt sind, fast immer

mit mehr oder weniger schweren Verletzungen zu rechnen ist. Demgegenüber blieb diese Quote bei Sattelschleppern (48,1%), Lastkraftwagen (59,0), Personenkraftwagen (66,4%), Zugmaschinen (66,9%) und Omnibussen 68,9% unter dem Durchschnitt. Hier ist also die Beteiligung an Unfällen, bei denen nur Sachschaden entsteht, weitaus größer. Bemerkenswert ist, daß der Anteil der an Unfällen mit Personenschaden Beteiligten bei den Personenkraftwagen (69,0%), Zugmaschinen (71,4%) und sonstigen Fahrzeugen (72,4%) außerhalb von Ortschaften teilweise erheblich über demjenigen innerhalb von Ortschaften liegt, woraus zu schließen ist, daß die Gefahr, bei Straßenverkehrsunfällen körperlichen Schaden zu erleiden, für diese Verkehrsteilnehmer außerhalb von Ortschaften größer ist als innerhalb von Ortschaften.

Die Entwicklung der an Unfällen mit Personenschaden beteiligten Verkehrsteilnehmer nahm seit 1955 (für 1951 liegen keine Angaben dieser Art vor) im großen und ganzen den gleichen Verlauf wie die Personenschadensunfälle selbst. Von 1955 bis 1958 erhöhten sie sich durchschnittlich um 0,8% (Unfälle + 1,4%) und von 1958 bis 1960 mit derselben Zuwachsrate wie die Unfälle (+ 9,0%). Von 1960 bis 1963 ging die Unfallbeteiligung um jährlich 1,9% (Unfälle - 2,9%) zurück, um von 1963 bis 1967 wiederum um 1,1% (1,9%) anzusteigen. Im Durchschnitt blieb also die Quote der pro Personenschadensunfall beteiligten Verkehrsteilnehmer relativ konstant (1955: 1,9; 1967: 1,8). Entwicklung und Struktur des Unfallgeschehens und der daran Beteiligten hängen naturgemäß stark von der Art des Fahrverkehrs auf den öffentlichen Straßen ab. Da jedoch über die Fahrleistungen der Fahrzeuge keine regelmäßigen Erhebungen durchgeführt werden, können keine genauen Angaben über Entwicklung und Zusammensetzung des Fahrverkehrs erstellt werden. Als Ersatz wird der Bestand der fahrberechtigten (von den Kreiszulassungsstellen registrierten) Kraftfahrzeuge als Maßstab für die Verkehrsdichte genommen, wobei vorausgesetzt wird, daß der Verkehr zum größten Teil von den Kraftfahrzeugen aufgebracht

Unfälle mit Personenschaden, Verunglückte und beteiligte Verkehrsteilnehmer 1951 - 1967

	1951	1955	1958	1960	1963	1967	Wachstumsraten	
							Ø	Ø
							1955-1960	1960-1967
	Anzahl						%	
Unfälle mit Personenschaden	9 070	16 878	17 567	20 861	19 120	20 588	4,3	- 0,2
Innerhalb von Ortschaften	6 101	11 208	11 297	13 061	11 455	11 822	3,1	- 1,4
Außerhalb von Ortschaften	2 969	5 670	6 270	7 800	7 665	8 766	6,6	1,7
Verunglückte	11 919	22 915	23 779	29 101	27 449	30 946	4,9	0,9
Getötete ¹⁾	499	895	820	1 021	1 028	1 151	2,7	1,7
Fahrer und Mitfahrer von								
Krafträdern	.	284	247	201	92	52	- 6,7	- 16,2
Personenkraftwagen	.	} 219	178	302	411	546	} 10,2	8,8
Lastkraftwagen	.		40	54	60	57		0,8
Mopeds und Mofas	.		53	62	85	60		62
Fahrrädern	87	86	58	97	85	75	2,4	- 3,6
Fußgänger	124	237	219	269	308	348	2,6	3,8
Schwerverletzte ²⁾	.	9 088	9 182	9 272	8 683	10 110	0,4	1,2
Fahrer und Mitfahrer von								
Krafträdern	.	3 643	2 864	2 029	896	608	- 11,0	- 14,9
Personenkraftwagen	.	} 2 044	2 459	3 054	4 257	5 845	} 10,6	9,7
Lastkraftwagen	.		283	331	343	339		0,3
Mopeds und Mofas	.		589	1 019	1 305	742		597
Fahrrädern	.	926	723	671	595	695	- 6,2	0,5
Fußgänger	.	1 796	1 749	1 800	1 778	1 940	0,1	1,1
Leichtverletzte	.	12 932	13 777	18 808	17 738	19 235	7,8	0,3
Fahrer und Mitfahrer von								
Krafträdern	.	5 120	4 007	3 743	1 642	988	- 6,1	- 16,3
Personenkraftwagen	.	} 3 174	3 994	7 031	9 641	12 648	} 19,6	8,7
Lastkraftwagen	.		405	733	891	697		- 0,7
Mopeds und Mofas	.		810	1 396	2 681	1 421		974
Fahrrädern	.	1 595	1 395	1 648	1 441	1 343	0,6	- 2,9
Fußgänger	.	2 097	2 337	2 701	2 413	2 222	5,2	- 2,7
Unfallbeteiligte	.	31 771	32 497	38 579	36 450	38 029	4,0	- 0,2
Krafträder	.	9 026	6 866	5 550	2 430	1 516	- 9,3	- 16,1
Personenkraftwagen ³⁾	.	7 412	11 345	16 272	20 138	24 157	17,0	5,8
Lastkraftwagen	.	2 937	2 694	3 130	3 275	2 648	1,3	- 2,5
Mopeds und Mofas	.	1 662	2 925	4 304	2 260	1 602	21,0	- 12,6
Fahrräder	.	3 216	2 566	2 751	2 315	2 251	- 3,1	- 12,7
Fußgänger	.	4 482	4 660	5 061	4 662	4 575	2,3	- 1,4
Kraftfahrzeugbestand ⁴⁾	153 328	342 644	420 796	631 104	750 385	921 243	13,0	5,6
Krafträder	82 093	175 885	155 500	132 767	84 867	27 924	- 5,5	- 19,7
Personenkraftwagen ³⁾	37 023	95 265	171 126	253 257	422 274	645 724	22	14,3
Lastkraftwagen	21 968	36 081	36 848	39 298	47 754	53 736	1,7	4,5
Mopeds und Mofas	.	.	.	132 963	101 054	76 142	.	- 7,5

1) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. - 2) Stationärer Krankenhausbehandlung zugeführte Verletzte. - 3) Einschl. Kombinationskraftwagen. - 4) Ab 1960 einschl. Mopeds und Mofas.

wird. Es muß aber nochmals darauf hingewiesen werden, daß damit keine Aussage über die echte Verkehrsdichte auf den Straßen in Rheinland-Pfalz getroffen werden kann, da einerseits nicht alle in diesem Gebiet amtlich zugelassenen Kraftfahrzeuge auch hier genutzt werden, zum anderen auch Kraftfahrzeuge auf rheinland-pfälzischen Straßen fahren, die in anderen Ländern registriert sind, und außerdem Angaben über die Zahl der Fahrzeuge ohne eigenen (Motor-)Antrieb fehlen, deren Bedeutung im heutigen Fahrverkehr allerdings nicht mehr so groß ist wie früher.

Die Struktur der an Unfällen mit Personenschaden beteiligten Verkehrsteilnehmer hat sich insoweit grundlegend gewandelt, als die Krafträder, die 1955 mit 28,3% noch den größten Teil der Unfallbeteiligten bildeten, durch die Personenkraftwagen von der ersten Stelle verdrängt wurden. Deren Anteil betrug 1955 noch 23,3%, lag jedoch 1960 mit 42,2% schon über dem der Krafträder mit 14,4%. 1967 stellten die Personenkraftwagen nahezu zwei Drittel (63,6%) der an Unfällen mit Personenschaden beteiligten Verkehrsteilnehmer und die Krafträder

nurmehr 4,0%. Die Beteiligung der Personenkraftwagen erhöhte sich von 1955 bis 1960 um durchschnittlich 17,0% im Jahr, während diejenige der Krafträder im gleichen Zeitraum um 9,3% zurückging. Von 1960 bis 1967 betrugen die jährlichen Veränderungsrate bei diesen Verkehrsteilnehmern + 5,8 bzw. - 16,1%. Dieser Umschichtungsprozeß ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der fahrberechtigten Personenkraftwagen, die 1955 etwas mehr als ein Viertel (27,8%) des Kraftfahrzeugbestandes ausmachten, ständig zunahm (von 1955 bis 1960 um durchschnittlich rund 21% und von 1960 bis 1967 um 14,3%), während der Anteil der zugelassenen Krafträder, der 1955 noch über die Hälfte (51,3%) der zugelassenen Kraftfahrzeuge betrug, ständig rückläufig war (1955 bis 1960: - 5,5%, 1960 bis 1967: - 19,7%). 1967 beliefen sich die Anteile der beiden Kraftfahrzeugarten auf 70,0 bzw. 3,0%. Die Unfallbeteiligung der Radfahrer ist seit 1955 (10,1%), ähnlich wie bei den Krafträdern, ebenfalls zurückgegangen (1967: 5,9%), während die Mopeds erst seit 1960 (11,2%) weniger in Unfälle mit Personenschaden verwickelt wurden (1967: 4,2%). Die Quote

für die anderen Verkehrsteilnehmer hielt sich demgegenüber ungefähr auf gleicher Höhe. So belief sich der Anteil der Fußgänger an den an Personenschadensunfällen Beteiligten 1955 auf 14,1%, 1960 auf 13,1% und 1967 auf 12,0%.

Die Gegenüberstellung der Entwicklung der Unfallbeteiligten und des Kraftfahrzeugbestandes seit 1951 zeigt, daß der Bestand an fahrberechtigten Kraftfahrzeugen weit stärker angestiegen ist als die Unfallbeteiligung, nämlich von 1951 bis 1955 um durchschnittlich + 22%, von 1955 bis 1958 um 7,1% (Unfallbeteiligte + 0,8%), von 1958 bis 1960 wieder um + 22% (+ 9,0%), von 1960 bis 1963 um + 5,9 (— 1,9%) und von 1963 bis 1967 um + 5,3% (+ 1,1%). Die Unfallhäufigkeit, das heißt die Relation zwischen den Kraftfahrzeugen, die in einen Unfall mit Personenschaden verwickelt waren, und dem Kraftfahrzeugbestand ist also ständig zurückgegangen. Während 1955 noch 6,3 an Unfällen mit Personenschaden beteiligte Kraftfahrzeuge (ohne Mopeds) auf 100 zugelassene Kraftfahrzeuge kamen, waren es 1960 nur noch 5,0 und 1967 sogar nur 3,4. Bei den einzelnen Verkehrsteilnehmern verlief die Entwicklung der Unfallquote jedoch recht unterschiedlich. Bei den Personenkraftwagen ist sie von 7,8% im Jahre 1955 auf weniger als die Hälfte (3,7%) 1967 abgesunken, ebenfalls bei den Lastkraftwagen von 8,1 auf 4,9%. Im Gegensatz hierzu hat sich jedoch die Wahrscheinlichkeit, daß Kraftfahrer in einen Unfall mit Personenschaden verwickelt werden, seit 1955 (5,1%) kaum verändert (1967: 5,4%). Ebenso ist auch die Unfallquote bei Mopeds von 3,2% im Jahre 1960 nur leicht auf 2,1% 1967 zurückgegangen. Diese Feststellung ist umso bemerkenswerter, als die Unfall- und Verkehrsbeteiligung dieser Kraftfahrzeuge ständig abnimmt.

Eine ähnliche Relation wie zwischen fahrberechtigten und unfallbeteiligten Kraftfahrzeugen läßt sich auch zwischen Fußgängern und der Wohnbevölkerung darstellen. Danach waren 1955, bezogen auf 100 000 Einwohner, 139 Fußgänger an Unfällen mit Personenschaden beteiligt, 1960 waren es 149 und 1967 nur noch 126. Hier ist also die Unfallhäufigkeit, die bis 1960 noch eine steigende Tendenz aufwies, in den letzten Jahren ebenfalls leicht rückläufig.

3. Verunglückte

Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückten 1967 insgesamt 30 496 Personen (Fahrer und Mitfahrer sowie Fußgänger und sonstige Personen), 1,5 Personen pro Unfall mit Personenschaden. 1 151 Menschen (3,8%) wurden getötet oder starben innerhalb von 30 Tagen an den Folgen der erlittenen Verletzungen; 10 110 (33,2%) wurden so schwer verletzt, daß sie in einem Krankenhaus stationär behandelt werden mußten; der Rest, 19 235 Personen (62,2%), trug nur leichte Verletzungen davon. Wie bei den Unfallbeteiligten stellten Fahrer und Mitfahrer von Personenkraftwagen mit über drei Fünfteln (62,4%) den größten Anteil unter den Verunglückten, gefolgt von den Fußgängern mit 14,8%. Auf den weiteren Plätzen rangieren die Radfahrer mit 6,9%, Kraftfahrer, Mopeds und Mofas mit je 5,4% und Lastkraftwagen mit 2,9%. In der Haupt-

Unfallbeteiligte und Verunglückte
nach Art der Verkehrsbeteiligung 1967

Art der Verkehrsbeteiligung	An Unfällen mit Personenschaden Beteiligte		Verunglückte	Getötete
	% aller an schweren Unfällen ¹⁾ Beteiligten	auf 100 Kraftfahrzeuge ²⁾	auf 100 an Unfällen mit Personenschaden Beteiligten	% der Verunglückten
Insgesamt				
Krafträder	98,8	5,4	109	3,2
Personenkraftwagen	66,4	3,7	79	2,9
Omnibusse	68,9	15,2	69	-
Lastkraftwagen	59,0	4,9	34	2,9
Sattelschlepper	48,1	15,2	20	4,7
Zugmaschinen	66,9	0,3	46	18,2
Sonst. Kraftfahrzeuge	58,6	2,7	63	4,0
Mopeds und Mofas	99,1	2,1	102	3,8
Fahrräder	99,3	.	94	3,5
Sonstige Fahrzeuge	69,6	.	51	3,7
Fußgänger	99,5	.	99	7,7
Sonstige Verkehrsteilnehmer	88,9	.	94	10,0
Insgesamt	71,8	.	80	3,8
Innerhalb von Ortschaften				
Krafträder	99,1	3,6	107	1,7
Personenkraftwagen	64,3	2,0	55	1,5
Omnibusse	74,3	10,9	54	-
Lastkraftwagen	60,8	2,5	23	1,9
Sattelschlepper	47,6	6,3	10	11,1
Zugmaschinen	60,6	0,1	32	14,6
Sonst. Kraftfahrzeuge	59,8	1,2	42	3,2
Mopeds und Mofas	99,3	1,6	101	2,8
Fahrräder	99,6	.	94	2,4
Sonstige Fahrzeuge	68,2	.	52	1,4
Fußgänger	99,6	.	99	5,3
Sonstige Verkehrsteilnehmer	94,4	.	94	6,3
Zusammen	72,9	.	67	2,7
Außerhalb von Ortschaften				
Krafträder	98,2	1,8	113	5,9
Personenkraftwagen	69,0	1,7	107	3,7
Omnibusse	58,2	4,3	108	-
Lastkraftwagen	57,1	2,4	45	3,5
Sattelschlepper	48,5	8,9	27	2,9
Zugmaschinen	71,4	0,2	55	19,5
Sonst. Kraftfahrzeuge	57,6	1,4	82	4,4
Mopeds und Mofas	98,4	0,5	106	6,6
Fahrräder	98,4	.	94	8,2
Sonstige Fahrzeuge	72,4	.	51	8,3
Fußgänger	98,9	.	97	22,3
Sonstige Verkehrsteilnehmer	83,3	.	93	14,3
Zusammen	70,2	.	99	4,9

1) Unfälle mit Personenschaden oder nur Sachschaden von 1 000 DM und mehr bei einem der Beteiligten. - 2) Bestand am 1. 7. 1967.

sache bedingt durch die höhere Geschwindigkeit, die in der Regel außerhalb von Ortschaften gefahren wird, ist der Anteil an den Verunglückten bei den Fahrern und Mitfahrern von Personenkraftwagen (74,0%) und Lastkraftwagen (8,6%) außerhalb von Ortschaften höher als innerhalb von Ortschaften (56,8 bzw. 5,9%). Dagegen übersteigt dieser Anteil bei den Fußgängern (17,0%), Radfahrern (7,8%), Mopeds und Mofas (5,1%) und auch bei den Kraftfahrern (4,4%) innerhalb von Ortschaften denjenigen außerhalb von Ortschaften (4,4, 2,9, 2,8 bzw. 3,3%).

Der Umschichtungsprozeß zwischen unfallbeteiligten Krafträdern und Personenkraftwagen hat sich auch bei den Verunglückten ausgewirkt. 1955 waren noch fast zwei Fünftel (39,5%) der Verunglückten Fahrer oder Beifahrer von Krafträdern, die Insassen von Personen- und Lastkraftwagen zusammen stellten 23,7%. 1960 hatte sich diese Rela-

tion gerade umgekehrt, ein Fünftel (20,5%) der Verunglückten kamen mit dem Kraftrad und über ein Drittel (35,6%) mit dem Personenwagen zu Schaden. Auffällig ist, daß bei den Krafträdern der Anteilssatz an den Verunglückten stets denjenigen der Unfallbeteiligten überstieg, während er bei den Personenkraftwagen darunter blieb, ein weiteres Indiz dafür, daß Unfälle mit Zweiradfahrzeugen grundsätzlich schwerer verlaufen als mit dem Pkw. Der Anteil der Fußgänger an den Verunglückten ist ebenfalls von 18,0% im Jahre 1955 über 16,3% (1960) auf 14,8% im vergangenen Jahre leicht abgesunken. Demgegenüber ist der Anteil der mit einem Moped oder Mofa verunglückten Personen von 1960 (13,9%) stark zurückgegangen (1967: 5,4%), da deren Unfallbeteiligung ebenfalls eine rückläufige Tendenz aufwies.

Die Entwicklung der Gesamtzahl der Verunglückten verlief zwar analog zu den Unfällen mit Personenschaden und den daran Beteiligten, die durchschnittlichen Wachstumsraten waren aber teilweise etwas höher. So erhöhte sich die Zahl der Getöteten und Verletzten von 1951 bis 1955 um +17,7% (Unfälle +16,8%), von 1955 bis 1958 um 1,2% (Unfälle +1,4%, Unfallbeteiligte +0,8%), zwischen 1958 und 1960 um 10,6% (Unfälle und Unfallbeteiligte je +9,0%) und von 1963 bis 1967 um +2,6% (Unfälle +1,9%, Unfallbeteiligte +1,1%). Deutlicher wird die Aussage, daß die Unfallfolgen schwerer geworden sind, wenn man die Zahl der Verunglückten auf die Unfälle mit Personenschaden oder auf die daran beteiligten Verkehrsteilnehmer bezieht. Während 1955 noch 136 Verunglückte auf 100 Personenschadensunfälle kamen, waren es 1960 bereits 139 und 1967 sogar 148. Die Relation zwischen Verunglückten und Unfallbeteiligten zeigt das gleiche Ergebnis: 1955 wurden von 100 Unfallbeteiligten 72 Personen getötet oder verletzt, 1960 waren es 75 und 1967 sogar 80.

Wird dieser letzte Maßstab für die Verletzungsfahrer aufgegliedert nach den einzelnen Arten der Verkehrsbeteiligung, zeigt sich, was schon an anderen Stellen zum Ausdruck kam, daß nämlich die Benutzer von Zweiradfahrzeugen und Fußgänger körperlich besonders gefährdet sind. So kamen 1967 auf 100 an Personenschadensunfällen beteiligte Krafträder 109 Verunglückte, bei Mopeds und Mofas waren es 102. Über dem Durchschnitt von 80 lagen außerdem die Quoten der Fußgänger mit 99, der Radfahrer und sonstigen Verkehrsteilnehmer mit

je 94. Dagegen blieb die Quote der Verunglückten für Sattelschlepper (20), Lastkraftwagen (34) und Zugmaschinen (46) weit unter dem Durchschnitt. Für die Personenkraftwagen (79) und die Omnibusse (69) lag sie näher am Durchschnitt. Bei dieser Relation ist zu beachten, daß die verunglückten Personen auf unfallbeteiligte Verkehrsteilnehmer bezogen werden, bei denen Mitfahrer nicht mitgezählt werden. 1966 wurde eine Auszählung der Insassen bei einigen Kraftfahrzeugtypen vorgenommen, deren Ergebnisse auch 1967 herangezogen werden können. Damals waren die an Unfällen mit Personenschaden beteiligten Personenkraftwagen durchschnittlich mit 1,8 Personen besetzt, die Krafträder mit 1,3 und die Mopeds sowie Mofas mit 1,2 Personen.

Auch die zuletzt genannten Quoten liegen bei den Kraftfahrzeugen außerhalb von Ortschaften teilweise erheblich über denjenigen innerhalb von Ortschaften. So ist die Zahl der mit Personenkraftwagen und Omnibussen verunglückten Personen auf 100 Beteiligte an Unfällen mit Personenschaden derselben Kraftfahrzeugart mit 107 bzw. 108 außerhalb doppelt so groß wie innerhalb von Ortschaften (55 bzw. 54). Hierbei wirkt sich neben der höheren Fahrgeschwindigkeit vermutlich auch die stärkere Besetzung der Fahrzeuge außerhalb von Ortschaften (bei größeren Reiseentfernungen) aus. Auch bei den Krafträdern (113 gegenüber 107), Lastkraftwagen (45 gegenüber 23), Sattelschleppern (27 gegenüber 10), Zugmaschinen (55 gegenüber 32) sowie Mopeds und Mofas (106 gegenüber 101) übersteigt die Quote außerhalb diejenige innerhalb von Ortschaften. Bei den Radfahrern ist sie mit je 94 außerhalb und innerhalb gleich hoch, während sie bei den Fußgängern umgekehrt mit 99 innerhalb etwas größer ist als außerhalb von Ortschaften (97).

Der Schweregrad der Verletzungen war 1967 bei den sonstigen Verkehrsteilnehmern, Zugmaschinen und Fußgängern am größten, denn der Anteil der Getöteten an den Verunglückten betrug 10,0%, 18,2% bzw. 7,7%, gegenüber nur 3,8% im Durchschnitt. Am niedrigsten war diese Quote bei den Personen- und Lastkraftwagen mit je 2,9%. Die Gefahr, daß Fußgänger und sonstige Verkehrsteilnehmer bei Straßenverkehrsunfällen getötet werden, ist außerhalb von Ortschaften (22,3 bzw. 14,3%) ungleich höher als innerhalb von Ortschaften (5,3 bzw. 6,3%). Dagegen sind die Benutzer von Zugmaschinen sowohl außerhalb (19,5%) als auch innerhalb von Ortschaften (14,6%) stark gefährdet.

Dipl.-Volkswirt N. Haueisen

Öffentliche Jugendhilfe im Jahre 1967

Zum Schutze der Jugend gegenüber schädlichen Umwelteinflüssen und zur Förderung ihrer Erziehung sind Rechtsbestimmungen erlassen worden, deren Wahrung den Jugendwohlfahrtsbehörden obliegt. Um Unterlagen über die Tätigkeit der Behörden und die Entwicklung dieser gesetzlich fundierten Jugendbetreuung zu gewinnen, berichten die Jugendämter einmal im Jahr zu einer Jugendhilfestatistik.

Die Ergebnisse daraus vermögen jedoch keinen erschöpfenden Überblick über sämtliche Maßnahmen zu geben, die der Förderung der Jugendwohlfahrt dienen; denn ein erheblicher Teil der helfenden und beratenden Tätigkeit ist zahlenmäßig kaum zu erfassen. Die jährlich zu liefernden Unterlagen zur Statistik beschränken sich auf den finanziellen Aufwand der Jugendhilfe und auf bestimmte

quantifizierbare Maßnahmen und die davon betroffenen Personen.

1. Finanzieller Aufwand

a. Gesamtüberblick: Der Aufwand der Jugendwohlfahrtsbehörden des Landes belief sich 1967 auf über 40 Mill. DM. Die Kosten sind jedoch nicht mit den Haushaltsausgaben gleichzusetzen — diese stellen sich wesentlich höher —, sondern es sind direkte Ausgaben, welche die Maßnahmen entsprechend der behördlichen Zuständigkeit erfordern. Die nicht unerheblichen Verwaltungs- und Personalkosten sind in dieser Summe also nicht enthalten. Gegenüber dem Vorjahre erhöhte sich der Aufwand um 5 Mill. DM, was einer Zunahme von etwa 15% entspricht. Etwa 1,8 Mill. DM sind allerdings dem Umstand zuzuschreiben, daß 1967 erstmals Ausgaben für bestimmte Maßnahmen ausgewiesen werden, welche in früheren Jahren dem Statistischen Landesamt nicht gemeldet worden waren. Im einzelnen wird an gegebener Stelle noch darauf hingewiesen.

Den weitaus überwiegenden Anteil erfordert in der Jugendhilfe jeweils die Anstaltsunterbringung. Sie beanspruchte im Berichtsjahr allein 68% der Gesamtkosten. Für Maßnahmen außerhalb von Anstalten wurden — etwas weniger als im Vorjahre — 3,7 Mil. DM ausgegeben. Die Träger der freien Jugendhilfe erhielten über 9 Mill. DM als Zuschüsse für ihre Mithilfe bei der Durchführung von Maßnahmen der Jugendwohlfahrt. Der Höhe der Kosten nach stand mit Ausgaben von über 11 Mill. DM die Unterbringung in Heimpflege an erster Stelle. An dieser Maßnahme scheint jedoch die freie Jugendhilfe wenig beteiligt zu sein, denn entsprechende Zuschüsse an sie liegen unter 100 000 DM und somit auch unter 1% der Ausgaben für diese Zwecke. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse der Unterbringung in Familienpflege, deren Kosten sich bei einer Zunahme um 4% auf rund 2,3 Mill. DM beliefen. Wesentlich stärker war dagegen die Beteiligung der Verbände der freien Jugendhilfe an dem Betrieb von Kindertagesstätten. Von den für diesen Zweck von den Behörden ausgegebenen Mitteln in Höhe von etwa 7,4 Mill. DM floß mehr als die Hälfte (über 3,8 Mill. DM) an die Träger der freien Jugendhilfe. Die Ausgaben für die Tagesstätten sind von rund 6,9 Mill. um 7% auf fast 7,4 Mill. DM gestiegen und machten 18% der Gesamtausgaben aus. Von den Zuwendungen an die freie Jugendhilfe waren diejenigen für Kindertagesstätten die höchsten; sie machten fast 42% des Gesamtbetrages der Zuschüsse aus.

Erhebliche und ständig steigende Mittel erforderten auch die Erziehungsmaßnahmen. So wurden für die Durchführung der freiwilligen Erziehungshilfe knapp 4,7 Mill. und für die Fürsorgeerziehung nicht ganz 3,8 Mill. DM ausgegeben. Der Betrag für freiwillige Erziehungshilfe ist gegenüber dem Vorjahre um 24%, der für Fürsorgeerziehung dagegen nur um 4% gestiegen. Das unterstreicht die seit Jahren zu beobachtende stetig wachsende Bedeutung der freiwilligen Erziehungshilfe gegenüber der bislang immer noch stark im Vordergrund stehenden Fürsorgeerziehung. Die verhältnismäßig geringe Erhöhung der Kosten für die Fürsorgeerziehung

dürfte auch nicht auf einen weiteren Zuwachs von Zöglingen zurückzuführen sein, sie ist offenbar mehr durch die stetig steigenden Unterbringungskosten entstanden. Zurück gingen wiederum die Ausgaben für Erholungspflege. Diese Fürsorgeart liegt überwiegend in Händen der freien Verbände, weshalb auch der größere Kostenanteil aus Zuschüssen an diese besteht (67%). Verhältnismäßig hoch war 1967 der unter Sonstige Ausgaben angefallene Betrag. Mit über 2,5 Mill. DM stieg er auf mehr als das Vierfache der 1966 dafür verausgabten Mittel. Es handelt sich um Ausgaben für die Unterbringung und Erziehung nicht seßhafter Jugendlicher sowie um Zuschüsse an ein Landeserziehungsheim. Der Anstieg war deshalb so gravierend, weil wie eingangs angedeutet, in den Vorjahren derartige Kosten nicht ausgewiesen wurden.

Weitere nicht unbeträchtliche Mittel beanspruchten die Freizeithilfe mit 1,7 Mill. und die außer-

Ausgaben der öffentlichen Jugendhilfe nach Ausgabearten und Trägern 1967

Ausgabeart Träger	Ins- gesamt	Maßnahmen der Jugendwohlfahrts- behörden		Zuschüsse an Träger der freien Jugend- hilfe
		außerhalb von Ein- richtungen	in Ein- richtungen	
	1 000 DM			
Unterbringung in Familienpflege	2 332	2 331	-	1
Unterbringung in Heimpflege	11 435	-	11 350	85
Kindertagesstätten	7 371	-	3 554	3 817
Erholungspflege	3 740	219	1 021	2 500
Freiwillige Erzie- hungshilfe	4 695	19	4 676	-
Fürsorgeerziehung	3 758	21	3 736	-
Alle übrigen Maß- nahmen	7 068	1 187	3 138	2 744
Insgesamt	40 399	3 777	27 475	9 147
Kreisfreie Städte	14 333	1 626	9 866	2 841
Landkreise	11 959	2 001	7 248	2 709
Landesjugendamt	14 107	150	10 361	3 597

schulische Bildung mit mehr als 1 Mill. DM. Für beide Hilfearten entstand ein wesentlich höherer Aufwand als im Vorjahr (Freizeithilfe + 44%, außerschulische Bildung + 33%). In beiden Fällen, vor allem aber für die außerschulische Bildung, waren die Zuschüsse an die Verbände der freien Jugendhilfe erheblich. Sie beliefen sich bei der letzteren auf fast 69%, bei den Freizeithilfen auf etwa 30%. Die Durchführung der außerschulischen Bildung dürfte deswegen mehr in Händen der freien Jugendhilfe liegen, weil solche Bildungsstätten meist in größeren Orten und Wohngebieten liegen, in denen auch die karitativen Verbände stärker tätig werden und über entsprechende Einrichtungen verfügen. Die Freizeithilfen müssen dagegen auch in kleineren Orten organisiert werden, an denen sie, mangels privater Einrichtungen, von der öffentlichen Hand selbst durchzuführen sind. Mit Ausgaben in Höhe von etwas über 0,6 Mill. DM und einer Erhöhung von 13% gegenüber 1966 gewinnt die Tätigkeit der Beratung in Familien- und Jugendfragen zunehmende Bedeutung. Auch diese Maßnahme liegt stärker in den Händen der karitativen Verbände, denn die Zuschüsse hierzu machen mehr als die Hälfte

der Gesamtkosten aus. Außer einem besonderen Zuschuß für Finanzierung und Leitungsaufgaben an die freie Jugendhilfe von etwa 0,7 Mill. DM blieben die für die übrigen Maßnahmen verausgabten Mittel in bescheidenen Grenzen.

Um 22% stiegen auch die Einnahmen. Sie konnten die Ausgaben zu rund 19% decken. Mehr als 84% dieser Einnahmen resultierten aus Kostenbeiträgen der Minderjährigen oder ihrer zum Unterhalt Verpflichteten sowie aus Ansprüchen an andere Sozialleistungsträger, wie Rentenversicherung, Lastenausgleich u. a. Die an und für sich immer verhältnismäßig geringen Zuweisungen des Bundes waren auch 1967 absolut nicht wesentlich höher als im Vorjahre. Ein beträchtlich größerer Betrag wurde indessen unter den Sonstigen Einnahmen nachgewiesen. Es waren über 1,1 Mill. DM, mehr als das Fünffache des Betrages, der 1966 dafür verbucht wurde.

b. Überörtlicher Träger: Von den Gesamtausgaben für die Jugendhilfe entfielen 14,1 Mill. DM oder 35% auf den überörtlichen Träger, das Landesjugendamt, das vorwiegend für einige hohe Kosten verursachende Maßnahmen sachlich zuständig ist. So gehen sämtliche Kosten der Erziehungsmaßnahmen, welche 1967 eine Höhe von insgesamt 8,5 Mill. DM erreichten, zu Lasten des überörtlichen Trägers. Sie machten ungefähr zwei Drittel des Gesamtaufwandes des Landesjugendamtes aus und waren um 14% höher als im Vorjahre. Der Höhe der Kosten entspricht, daß diese Erziehungsmaßnahmen überwiegend in Heimen ausgeübt wurden; nur ein Bruchteil der Ausgaben (unter 1%) für diese Zwecke entfiel auf die Familienpflege. Da mehr als 83% der Kosten bei den Trägern der freien Jugendhilfe entstanden, lag die öffentliche Erziehung wie bisher fast ausschließlich in Händen dieser Verbände. Der Aufwand, der für Erziehungsheime der öffentlichen Hand anfiel, blieb dagegen mit nicht ganz 4% äußerst gering.

Erheblich zurückgegangen sind mit 1,7 Mill. DM die Ausgaben für Erholungspflege, für die im Berichtsjahr nur noch 88% des Betrages von 1966 ausgegeben wurden. Da dieser Aufwand fast ausschließlich aus Zuwendungen an die freie Jugendhilfe besteht, kann über die eigentlichen Ursachen dieses Rückganges keine eindeutige Erklärung gegeben werden. Etwas abgenommen haben auch die in Form von Zuschüssen gegebenen Aufwendungen für Kindertagesstätten. Es handelt sich um einen Betrag von rund 0,9 Mill. DM. Die Beteiligung des überörtlichen Trägers an den noch verbleibenden Maßnahmen blieb kostenmäßig gering.

Die Einnahmen des Landesjugendamtes haben sich gegenüber dem Vorjahre wesentlich verbessert, denn es wurde ein um fast 43% höherer Betrag erzielt. Diese Zunahme war, wie bereits in anderem Zusammenhang erwähnt, durch einen unter Sonstige Einnahmen verbuchten verhältnismäßig hohen Betrag verursacht worden. Die Einnahmen aus den Kostenbeiträgen der Betreuten selbst und der verpflichteten Dritten haben dagegen nur unerheblich zugenommen.

c. Örtliche Träger: Die örtlichen Träger sind die Jugendämter der kreisfreien Städte und der Landkreise. Bei den Jugendämtern der kreisfreien Städte entstand 1967 für die Jugendhilfe ein Aufwand von 14,3 Mill. DM, das waren über 2 Mill. DM mehr als im Jahre zuvor. Den größten Anteil an den nachgewiesenen Kosten hatte mit rund 5,4 Mill. DM die Unterbringung in Heimpflege. Einen ebenfalls erheblichen Kostenaufwand verursachten mit mehr als 4,5 Mill. DM die Kindertagesstätten. Die beiden Maßnahmen machten allein fast drei Viertel der Gesamtausgaben der kreisfreien Städte aus. Größere Beträge von jeweils über 1 Mill. DM verlangten auch Freizeithilfe und Erholungspflege. Für diese Maßnahmen waren im Gegensatz zu den Landkreisen und dem überörtlichen Träger die Zuschüsse an die freie Jugendhilfe geringer. Das bedeutet, daß der überwiegende Teil der Maßnahmen dort in eigener Regie durchgeführt wurde. So belief sich die Beteiligung der freien Verbände an der Erholungspflege auf etwa 39%, an der Freizeithilfe auf rund 16%. Während die Ausgaben für die Erholungspflege gegenüber dem Vorjahre annähernd gleichgeblieben sind, haben sich die Ausgaben für die Freizeithilfe mehr als verdoppelt, wobei sich aber die im Vorjahre gegebenen Zuschüsse kaum erhöht haben. Um mehr als das Doppelte sind die Kosten der außerschulischen Bildung gestiegen. Der Aufwand für die übrigen Maßnahmen hat sich nur geringfügig verändert. Die Einnahmen erhöhten sich um fast 29%.

Die Ausgaben der Jugendämter der Landkreise vergrößerten sich um 6% auf rund 12 Mill. DM. Davon entfielen mehr als die Hälfte auf Unterbringung in Heimpflege und fast 2 Mill. DM auf Kindertagesstätten. Weitere größere Ausgaben von jeweils über 1 Mill. DM stellten noch die Unterbringung in Familienpflege und die Erholungspflege dar. Während die Kosten für die beiden erstgenannten Maßnahmen weiter stiegen — die für die Familienpflege blieben fast gleich — gingen die für die Erholungspflege aufgewendeten Ausgaben um 22% zurück. Da auch für den Zuschuß ein wesentlich geringerer Betrag als im Vorjahre ausgewiesen wurde, erhielten offenbar die freien Verbände für bestimmte Maßnahmen der Erholungspflege keine Zuwendungen mehr. Für die noch verbleibenden Maßnahmen entstanden nur verhältnismäßig geringe Kosten, die sich zwar gegenüber dem Vorjahre teilweise stark verändert haben, aber ihrer Höhe nach weiterhin unbedeutend blieben.

Mit einer Zunahme von 6% haben die Jugendämter der Landkreise nicht wesentlich mehr eingenommen als im Vorjahre. Gestiegen sind auch hier die Sonstigen Einnahmen, welche jedoch mit nur 8% Beteiligung an den gesamten Einnahmen keinen sehr gewichtigen Posten darstellten. Kostenbeiträge und übergeleitete Ansprüche brachten dagegen 90% des Kostenersatzes.

2. Maßnahmen

Von den zahlreichen speziellen Aufgaben, welche die Jugendämter den Rechtsbestimmungen nach auszuführen haben, können hier nur einige herausgegriffen werden, die dem Umfange der Personenbe-

Jahr	Pflegeaufsicht				Amtsvormundschaft			Erziehungsbeistandschaft (bis 1962 Schutzaufsicht)		
	ins- gesamt	Pflege- kinder	uneheliche Kinder bei der Mutter		ins- gesamt	gesetz- liche	bestellte	ins- gesamt	gesetz- lich ange- ordnete	frei- willige
			unter Aufsicht	von der Aufsicht befreit						
1957	38 699	3 854	32 730	2 115	35 725	34 397	1 328	2 646	1 094	1 552
1958	39 063	3 894	33 035	2 134	36 073	34 685	1 388	2 576	1 040	1 536
1959	39 150	3 727	33 501	1 922	36 446	34 944	1 502	2 307	921	1 386
1960	38 858	3 701	33 245	1 912	36 529	34 941	1 588	2 253	871	1 382
1961	39 041	3 769	33 322	1 950	36 633	35 028	1 605	2 138	788	1 350
1962	38 830	3 681	33 124	2 025	36 363	34 622	1 741	1 738	524	1 214
1963	38 324	3 920	32 219	2 185	35 766	33 963	1 803	303	254	49
1964	36 941	4 137	30 663	2 141	35 308	33 367	1 941	340	271	69
1965	33 733	4 242	28 698	793	34 226	32 183	2 043	351	264	87
1966	32 328	3 937	27 657	734	32 846	30 746	2 100	295	192	103
1967	31 234	3 989	26 487	758	31 819	29 600	2 219	289	179	110

treuung nach stark im Vordergrund stehen. Das sind in erster Linie das gesamte Vormundschaftswesen und die Erziehungsmaßnahmen.

a. **Pflegeaufsicht:** Unter Pflegeaufsicht standen Ende 1967 noch 31 234 Minderjährige, rund 1 100 Personen weniger als 1966. Es handelt sich hier um Minderjährige, welche das 16. Lebensjahr nicht überschritten haben. Nahezu 4 000 Kinder, fast die gleiche Anzahl wie im Vorjahre, befanden sich in Familienpflege. Von diesen waren 71% unehelicher Geburt und der Rest, 50 Personen mehr als 1966, eheliche Kinder. 27 245 uneheliche Kinder blieben fast ausnahmslos unter Aufsicht der Mutter. Nur wenige Minderjährige (758) waren von dieser Aufsicht befreit. Der Zugang an unehelich Geborenen ist seit Jahren ständig rückläufig. Im Jahre 1967 waren es 2 643 Personen, wiederum 70 weniger als im Vorjahre. Auf die Minderjährigen der Wohnbevölkerung unter 16 Jahren Ende 1966 bezogen — für 1967 liegen noch keine Zahlen vor — errechnet sich ein Prozentsatz von nicht ganz 3,2. Das bedeutet, daß von 1 000 Kindern unter 16 Jahren knapp 32 unehelicher Geburt waren. Da auch 1967 mit einer Zunahme der Wohnbevölkerung zu rechnen ist, dürfte das Absinken des Anteils unehelich Geborener angehalten haben.

b. **Amtsvormundschaft:** Ende des Jahres unterstanden noch 31 819 Personen einer Amtsvormundschaft. Ihre Zahl ist gegenüber dem Vorjahre weiter um mehr als 1 000 zurückgegangen. Von den Amtsmündeln waren über 95% unehelich. Die gesetzliche Amtsvormundschaft überwog natürlich mit 93% immer noch bei weitem, wenn auch die Fälle der bestellten Vormundschaft gestiegen sind und die gesetzliche wie bisher leicht rückläufig blieb. Die Zu- und Abgänge — sie bewegten sich jeweilig zwischen 14 und 17% des Bestandes — waren seit Jahren bereits ziemlich konstant, wobei die Abgänge immer etwas über den Zugängen lagen. Annähernd zwei Drittel der Zugänge waren unehelich Geborene, für die zwangsläufig eine gesetzliche Amtsvormundschaft gegeben ist, und rund 31% wurden von anderen Jugendämtern übernommen. Die verbleibenden, verhältnismäßig wenigen Fälle sind durch eine Bestellung der Vormundschaft hinzugekommen. Bei den Abgängen stellen die Ausgeschiedenen, welche inzwischen volljährig geworden sind, mit über 27% die größte Personengruppe dar. Wei-

tere 26% wurden an andere Jugendämter abgegeben. Durch Legitimation — nachfolgende Ehe — und die Übertragung der elterlichen Gewalt auf die Mutter schieden nochmals 31% aus, wobei die Legitimationen davon ungefähr die Hälfte der Fälle ausmachten.

Im Jahre 1967 wurden schließlich 490 Kinder adoptiert. Die Adoptiveltern waren in der überwiegenden Zahl der Fälle (369) deutsche Staatsangehörige. Den noch verbleibenden 121 Adoptionen lagen Anträge von Ausländern, vorwiegend von Angehörigen der USA (111), zugrunde. Insgesamt 124 der Kinder wurden von Verwandten adoptiert. Der Anteil der Verwandtenadoptionen war bei den Ausländern wesentlich höher als bei den Inländern.

c. **Vaterschaftsfeststellungen:** Zu Beginn des Jahres 1967 standen noch 1 468 Fälle zur Erledigung an, und weitere 2 783 waren während des Jahres zugegangen. Etwa 17% dieser Kinder waren solche von Ausländern, überwiegend von Stationierungskräften. Insgesamt konnten während des Jahres 2 831 Fälle abgeschlossen werden, wobei die freiwillige Anerkennung mit 39% überwog. In 603 Fällen wurde die Vaterschaft durch eine Klage festgestellt. Für 401 Kinder konnte der Vater nicht ermittelt oder aus anderen Gründen nicht zum Unterhalt herangezogen werden. Durch Legitimation und Ehelichkeitserklärungen erledigten sich weitere 256 Fälle, und fast die gleiche Anzahl wurde an andere, dafür zuständige Jugendämter abgegeben. Die Adoptionen waren an den Abgängen mit nur 55 Fällen im Berichtsjahr verhältnismäßig wenig beteiligt. Für andere Jugendämter wurden außerdem noch 616 Vaterschaftsfeststellungen getroffen, davon gut zwei Drittel durch Klagen.

d. **Jugendgerichtshilfe:** Die Tätigkeit der Jugendämter in diesem Aufgabenbereich war auch 1967 nicht unerheblich. Es wurden während des Jahres immerhin 9 600 Fälle erledigt, bei einem Neuzugang von etwa 10 000 Fällen. Sowohl bei den Zugängen als auch den erledigten Fällen hielten sich die betroffenen Jugendlichen unter 18 Jahren und die Heranwachsenden, das sind solche zwischen 18 und 21 Jahren, zahlenmäßig die Waage. Der Anteil der männlichen Minderjährigen, der auf diese Weise mit dem Gesetz in Berührung kam, war wesentlich höher als der der weiblichen, welcher nur bei etwa

10% lag. Der Bestand an unerledigten Fällen belief sich am Ende des Jahres noch auf 2 713.

e. **Freiwillige Erziehungshilfe:** Die Zahl der Zöglinge in freiwilliger Erziehungshilfe war am Ende des Berichtsjahres nicht wesentlich geringer als zu Beginn des Jahres, auch wenn ungefähr die Hälfte fluktuerte. Wie bisher überwogen bei den Zöglingen die Jungen. Von den 368 Zugängen gehörten über 70% der Altersgruppe 14 bis unter 19 Jahren an und 27% waren 6 bis unter 14 Jahre alt. Nur 8 Minderjährige waren älter als 19 Jahre. Von den während des Jahres überwiesenen Zöglingen kamen über 43% aus vollständigen Familien, davon nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz aus zerrütteten Ehen. Nahezu ein Viertel bestand aus unehelichen Kindern und ein nur etwas geringerer Anteil aus Kindern geschiedener Ehen.

Von den während des Jahres entlassenen 385 Personen wurde in 169 Fällen der Erziehungszweck erreicht, und für 117 Zöglinge beantragten die Personensorgeberechtigten die Aufhebung der Erziehungshilfe. Die noch verbleibenden relativ wenigen Fälle verteilten sich auf Entlassungen, weil die Altersgrenze erreicht war oder die Erziehung anderweitig sichergestellt werden konnte. Von den endgültig Entlassenen befanden sich nicht ganz zwei Drittel drei Jahre lang in der freiwilligen Erziehungshilfe, der überwiegende Teil davon sogar nur ein bis zwei Jahre. Im Gegensatz zur Fürsorgeerziehung war der Anteil der über 5 und über 10 Jahre auf diese Weise Erzogenen verhältnismäßig gering. Hinsichtlich der Unterbringung der während des Jahres eingewiesenen Jugendlichen überwog die Heimerziehung bei weitem. Mehr als zwei Drittel befanden sich in Heimen und nur 286 Kinder in den eigenen Familien. Die Erziehung in fremden Familien beschränkte sich dagegen auf vergleichsweise

wenige Fälle. Ein Drittel der Zöglinge stand in einem Arbeitsverhältnis, davon die Hälfte in einem Lehr- oder Anlernverhältnis.

f. **Fürsorgeerziehung:** Die Fürsorgeerziehung stellt eine Maßnahme dar, die einer gerichtlichen Anordnung bedarf. Sie ist eine wesentlich härtere Maßnahme als die freiwillige Erziehungshilfe und wird nur dann wirksam, wenn alle übrigen Maßnahmen fruchtlos geblieben sind oder, je nach Lage des Falles, keine Aussicht auf Erfolg erwarten lassen. Dieser Maßnahme geht eine vorläufige Fürsorgeerziehung voraus, die ein letzter Versuch sein soll, um die endgültige Zwangsmaßnahme abzuwenden. In der Praxis mußte jedoch bisher der überwiegende Teil der in vorläufige Erziehung Eingewiesenen in die endgültige überführt werden.

Zu Beginn des Jahres 1967 befanden sich noch 83 Minderjährige in vorläufiger Fürsorgeerziehung, zu denen im Verlaufe des Jahres weitere 270 Neuzuweisungen kamen. Es handelt sich dabei ausschließlich um Überweisungen wegen Gefahr im Verzuge. An Abgängen wurden 228 Fälle registriert, von denen allein 177 Überweisungen in endgültige Fürsorgeerziehung waren.

In endgültiger Fürsorgeerziehung befanden sich zum Jahresende 1966 noch 1 382 Personen. Davon bestand über die Hälfte aus männlichen Zöglingen. Der Zugang belief sich 1967 auf 243 Personen, bei denen ebenfalls die Jungen überwogen. Über 84% der Überweisungen wurden wegen Gefahr im Verzug durch das Vormundschaftsgericht angeordnet, dem Rest lagen fast ausschließlich gerichtliche Urteile zugrunde. Nur 8 Personen wurden von anderen Erziehungsbehörden übernommen. 80% der neu zugewandenen Zöglinge waren 14 bis 18 Jahre alt, die übrigen mit nur wenigen Ausnahmen noch nicht ganz 14. Wie bei der freiwilligen Erziehungshilfe

Minderjährige in öffentlicher Erziehung 1957 - 1967

Jahr	Ins- gesamt	Jungen	Mädchen	Untergebrachte Minderjährige					
				zu- sammen	darunter: im Lehr-, Anlern- und Arbeits- verhältnis	in Er- ziehungs- heimen	in sonstigen Heimen	in Familien	in sonstigen Stellen
Freiwillige Erziehungshilfe									
1957	757	437	320	747	157	535	23	181	8
1958	740	429	311	736	157	542	17	174	3
1959	817	483	334	813	172	570	20	221	2
1960	821	488	333	807	172	613	22	169	3
1961	843	493	350	836	131	604	28	200	4
1962	961	566	395	941	170	675	24	239	3
1963	1 189	691	498	1 166	326	816	35	294	21
1964	1 335	786	549	1 310	375	861	22	383	44
1965	1 332	797	535	1 298	445	848	25	371	54
1966	1 347	809	538	1 327	421	858	31	380	58
1967	1 329	784	545	1 307	428	852	27	367	61
Fürsorgeerziehung									
1957	2 850	1 580	1 270	2 816	729	1 342	68	1 392	14
1958	2 417	1 319	1 098	2 382	540	1 179	45	1 147	11
1959	2 043	1 116	927	1 999	511	1 036	44	911	8
1960	1 887	1 033	854	1 837	374	964	57	796	20
1961	1 739	946	793	1 718	346	978	45	666	29
1962	1 709	910	799	1 665	331	987	57	607	14
1963	1 715	918	797	1 638	508	974	26	557	81
1964	1 673	880	793	1 631	596	909	22	619	81
1965	1 504	804	700	1 465	567	788	55	549	73
1966	1 464	791	673	1 430	590	764	40	530	96
1967	1 416	778	638	1 369	540	793	24	470	82

Örtliche Einrichtungen der öffentlichen Jugendhilfe nach Verwaltungsbezirken Ende Dezember 1967

Verwaltungsbezirk	Einrichtungen				Plätze			
	ins-gesamt	der öffent-lichen Hand	von Trägern der freien Jugendhilfe	Kinder-gärten, -krippen und -horten	ins-gesamt	in Ein-richtungen der öffent-lichen Hand	von Trägern der freien Jugendhilfe	in Kinder-gärten, -krippen und -horten
Kreisfreie Stadt Koblenz	76	2	73	31	4 418	309	4 069	2 770
Landkreise								
Ahrweiler	124	11	104	22	2 459	150	1 911	1 596
Altenkirchen (Ww.)	65	13	48	28	2 277	27	1 895	1 687
Birkenfeld	169	95	74	8	1 102	85	1 017	520
Idar-Oberstein, St.	30	3	27	7	713	-	713	420
Cochem	72	7	65	20	1 814	285	1 529	1 050
Koblenz	93	3	89	28	5 460	120	5 326	2 268
Kreuznach	123	22	100	46	2 755	510	2 200	2 200
Bad Kreuznach, St.	50	8	35	19	1 914	200	1 499	1 025
Mayen	140	2	137	35	3 408	140	3 228	3 190
Andernach, St.	25	6	19	6	700	32	668	592
Mayen, St.	25	2	23	6	1 150	-	1 150	575
Neuwied	100	11	84	22	3 291	448	2 705	1 675
Neuwied, St.	20	2	18	10	835	30	805	715
Sankt Goar	96	8	87	21	2 795	-	2 715	888
Simmern	34	4	30	18	580	150	430	300
Zell (Mosel)	53	17	34	19	1 090	297	743	894
Reg. Bez. Koblenz	1 295	216	1 047	346	36 761	2 783	32 603	22 365
Kreisfreie Stadt Trier	110	3	106	29	3 289	-	3 275	2 160
Landkreise								
Bernkastel	88	10	78	22	1 918	357	1 561	1 185
Bitburg	132	44	88	23	1 326	260	1 066	1 050
Daun	39	3	35	6	767	-	732	385
Prüm	37	8	28	11	1 445	231	1 014	508
Saarlouis	126	33	93	15	1 278	35	1 243	948
Trier	178	42	136	23	2 385	220	2 165	1 745
Wittlich	67	7	17	19	2 294	629	1 430	1 279
Reg. Bez. Trier	777	150	581	148	14 702	1 732	12 486	9 260
Landkreise								
Oberwesterwaldkreis	146	68	77	23	2 164	525	1 627	1 109
Loreleykreis	84	20	61	18	1 453	100	1 250	1 115
Unterlahnkreis	63	8	52	14	1 877	339	1 404	926
Unterwesterwaldkreis	75	1	74	30	2 664	24	2 640	2 280
Reg. Bez. Montabaur	368	97	264	85	8 158	988	6 921	5 430
Kreisfreie Städte								
Mainz	59	20	37	43	3 734	780	2 828	2 794
Worms	83	2	78	27	2 628	-	2 503	2 220
Landkreise								
Alzey	70	25	43	36	2 027	940	1 037	1 987
Bingen	41	14	25	31	2 458	715	1 670	2 040
Mainz	59	22	36	40	2 836	1 350	1 470	2 790
Worms	83	28	50	34	2 140	440	1 700	2 140
Reg. Bez. Rheinhessen	395	111	269	211	15 823	4 225	11 208	13 971
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	44	13	31	12	1 252	882	370	960
Kaiserslautern	40	6	34	28	2 633	360	2 273	2 239
Landau i. d. Pfalz	44	1	42	11	1 561	-	1 541	840
Ludwigshafen a. Rhein	157	58	96	65	6 431	1 537	3 623	4 265
Neustadt a. d. Weinstr.	18	4	13	9	996	266	710	718
Pirmasens	28	3	23	16	1 440	50	1 305	932
Speyer	57	5	52	14	2 682	545	2 137	1 085
Zweibrücken	13	1	12	10	733	2	731	731
Landkreise								
Bergzabern	49	6	43	25	2 140	240	1 900	1 350
Frankenthal (Pfalz)	79	16	61	22	1 568	431	1 087	1 346
Germersheim	54	6	47	44	3 454	240	3 174	3 267
Kaiserslautern	92	6	85	35	3 624	390	3 154	2 500
Kirchheimbolanden	28	11	15	8	1 274	170	874	667
Kusel	162	9	153	16	925	-	925	925
Landau i. d. Pfalz	100	45	55	34	2 440	235	2 205	2 040
Ludwigshafen a. Rhein	66	17	49	18	2 150	-	2 150	1 430
Neustadt a. d. Weinstr.	64	15	44	48	3 654	970	2 262	3 086
Pirmasens	151	38	107	34	3 167	179	2 688	2 275
Rockenhausen	33	1	32	10	790	100	690	700
Speyer	43	1	42	16	1 462	70	1 392	1 462
Zweibrücken	22	-	22	7	475	-	475	475
Reg. Bez. Pfalz	1 344	262	1 058	482	44 851	7 667	35 666	33 293
Stadtjugendämter	879	139	719	343	37 109	5 993	30 200	25 041
Kreisjugendämter	3 300	697	2 500	929	83 186	11 402	68 684	59 278
Landesjugendamt	1	1	-	-	114	114	-	-
Rheinland-Pfalz	4 180	837	3 219	1 272	120 409	17 509	98 884	84 319

Art der Einrichtungen	Einrichtungen				Verfügbare Plätze			
	ins-gesamt	Öffentliche Hand	Träger der freien Jugendhilfe	Private gewerbliche Träger	ins-gesamt	Öffentliche Hand	Träger der freien Jugendhilfe	Private gewerbliche Träger
Säuglingsheime	23	1	15	7	766	24	554	188
Kinderheime	51	4	36	11	3 096	234	2 612	250
Erziehungsheime	27	2	25	-	3 113	229	2 884	-
Kinderkrippen	14	9	5	-	561	420	141	-
Kindergärten	1 199	201	984	14	81 535	11 644	69 301	590
Kinderhorte	59	21	36	2	2 223	805	1 368	50
Kur-, Heil-, Genesungs- und Erholungsheime für Minderjährige	40	6	19	15	2 697	322	1 659	716
Tageserholungsstätten für Minderjährige	17	2	14	1	-	-	-	-
Ferienkolonien, feste Zeltlagerplätze	45	14	27	4	8 732	2 454	5 758	520
Jugendherbergen	50	1	44	5	7 002	60	6 442	500
Jugendfreizeitstätten, Heime der offenen Tür, Häuser der Jugend u. ä.	56	8	48	-	-	-	-	-
Jugendverbandsheime, Jugendgruppenheime	1 203	86	1 073	44	-	-	-	-
Jugendbüchereien	1 179	442	737	-	-	-	-	-
Jugendwohnheime	50	1	39	10	3 304	23	2 658	623
Schülerwohnheime	38	6	25	7	3 088	468	2 154	466
Übrige Einrichtungen	129	33	92	4	4 292	826	3 353	113
Insgesamt	4 180	837	3 219	124	120 409	17 509	98 884	4 016

kam etwa die Hälfte der zugewiesenen Minderjährigen aus vollständigen Familien. Die Zahl der Unehelichen und der Kinder aus geschiedenen Ehen zusammen belief sich auf rund 100. Verhältnismäßig hoch war auch noch mit 54 Fällen der Anteil der Halbweisen.

Bis zum Ende des Jahres schieden 335 Personen aus der Fürsorgeerziehung aus. In 181 Fällen wurde der Erziehungszweck erreicht und für 109 war das Überschreiten der Altersgrenze der Entlassungsgrund. In 30 Fällen wurde der Erziehungszweck anderweitig sichergestellt. Die Abgänge an andere Erziehungsbehörden blieben mit 10 Personen unbedeutend. Fast 60% der Entlassenen befanden sich länger als 3 Jahre in Erziehung, 43 Personen sogar über 10 Jahre. Während der Dauer ihrer Erziehung war der überwiegende Teil der entlassenen Zöglinge in nur einem Heim verblieben, doch immerhin noch 37% hatten das Heim mindestens einmal gewechselt.

Für die Unterbringung der Fürsorgezöglinge ergeben sich verschiedene Möglichkeiten. Die häufigste ist die Heimerziehung neben der Erziehung in eigener und fremden Familien. Von den während des Berichtsjahres betreuten Zöglingen befanden sich allein 60% in Heimerziehung, vorwiegend in Heimen der Träger der freien Jugendhilfe. Mehr als 26% wurden in eigenen Familien und etwa 8% in fremden Familien erzogen. Fast 40% der Zöglinge standen in einem Arbeitsverhältnis, davon ein Drittel in einem Lehr- oder Anlernverhältnis.

3. Einrichtungen

Die Zahl der Einrichtungen hat sich gegenüber dem Vorjahre mit 4 180 um rund 80 erhöht. Neu hinzugekommen sind ausschließlich Einrichtungen der

freien Jugendhilfe, in deren Bereich allein 77% aller von der Jugendhilfe beanspruchten Heime und Anstalten fielen. Zahlenmäßig weit im Vordergrund stehen bei den Einrichtungen der Jugendhilfe die Jugendverbands- und Jugendgruppenheime sowie die Jugendbüchereien und Kindergärten. Die Verbände der freien Jugendhilfe unterhalten allein 1 073 Jugendverbands- bzw. Jugendgruppenheime, die öffentliche Hand dagegen nur 86. Auch von den insgesamt 1 179 Jugendbüchereien sind fast zwei Drittel solche der freien Jugendhilfe, und von den rund 1 200 Kindergärten in Rheinland-Pfalz werden ebenfalls fast 1 000 von solchen Verbänden betreut.

In den der Jugendhilfe zur Verfügung stehenden Einrichtungen waren 1967 insgesamt über 120 000 Plätze vorhanden. Mehr als 82% dieser Plätze befanden sich in Einrichtungen der freien Verbände, allein nahezu 70 000 in Kindergärten. Eine weitere beträchtliche Zahl an Plätzen, nämlich 12 200, standen in Ferienkolonien, Zeltlagerplätzen und Jugendherbergen, welche fast ausschließlich von der freien Jugendhilfe betrieben werden, zur Verfügung. In den 14 Ferienkolonien der öffentlichen Hand wurden fast 2 500 Plätze gezählt. In 88 Jugend- und Schülerwohnheimen, von denen nur 7 die öffentliche Hand unterhielt, konnten 6 400 Plätze belegt werden. Im Durchschnitt standen in einem Kindergarten 68 Plätze zur Verfügung. In den 25 Erziehungsheimen der freien Jugendhilfe waren je Heim 115 Plätze vorhanden, in den beiden Erziehungsheimen der öffentlichen Hand je 114 Plätze. Eine erhebliche Anzahl von Plätzen, nämlich über 67 je Einrichtung, waren auch in den Genesungs- und Erholungsheimen für Minderjährige vorhanden.

Dr. Th. Walter

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 335	3 620	3 616	3 617	3 619
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 568	2 323	2 406	2 141	2 787	1 480	1 910	2 133	2 998 ^P
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	9,2	7,7	7,8	8,1	9,1
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	5 123	5 091	5 674	4 999	5 661	4 967	4 987	5 414	5 556 ^P
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	18,4	16,9	18,5	18,9	18,4
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ³⁾	Anzahl	3 014	3 420	3 729	3 268	3 643	4 607	3 914	3 702	3 517 ^P
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	10,8	11,3	12,1	12,4	11,9
* Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	200	125	143	103	127	102	123	119	...
* je 1 000 Lebendgeborene	a.T.	39,0	24,6	25,2	20,6	22,4	20,5	24,7	22,8	...
* Geburtenüberschuß	Anzahl	2 109	1 671	1 945	1 731	2 018	360	1 073	1 712	2 039 ^P
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	7,6	5,5	6,3	6,5	6,6
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 505	8 644	8 918	9 941	8 211
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	"	8 211	9 251	9 700	10 299	8 559
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 294	- 607	- 782	- 358	- 348
* Binnenwanderung ⁴⁾	"	9 508	10 602	10 404	10 975	9 919
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	1 000	44,1	30,2	36,7	30,1	28,1	40,7	27,0	17,5	13,2
* Männer	"	35,8	24,3	30,6	24,0	22,0	35,2	22,3	13,3	9,5
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
Bauberufe	Anzahl	2 727	1 328	1 483	606	632	2 577	897	324	231
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	17 668	3 692	5 751	3 444	2 710	7 648	3 713	1 283	562
Offene Stellen	"	14 493	18 403	22 809	19 582	18 686	21 462	15 283	10 389	7 907
Männer	"	7 719	11 679	12 555	11 806	11 814	14 802	16 684	17 609	20 132
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe	"	3 950	5 395	5 721	5 274	5 216	7 153	8 240	8 828	10 268
Bauberufe	"	386	222	288	271	229	270	286	350	472
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	1 218	1 119	1 037	990	1 029	1 185	1 450	1 569	1 998
	"	2 989	4 214	4 072	3 971	4 024	6 260	7 277	7 883	9 368
Landwirtschaft										
Viehbestand 5)										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	694	761
* Milchkühe	"	327	297
* Schweine	"	659	822	745	.	.	.	857	.	.
* Zuchtsauen insgesamt	"	42	68	64	.	.	.	71	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	"	24	42	39	.	.	.	42	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren 6)										
* Rinder (ohne Kälber)	"	17	18	18	17	18	17	18	18	18
* Kälber	"	10	4	6	4	6	4	4	5	5
* Schweine	"	93	98	99	94	96	101	104	110	107
* Hausschlachtungen	"	28	24	29	22	16	34	34	25	23
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 7)										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,2	11,1	10,7	10,8	11,8	9,9	10,6	12,1	12,2
* Kälber	"	4,1	4,6	4,5	4,4	4,7	4,2	4,5	4,8	4,9
* Schweine	"	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3	0,3
	"	5,6	6,2	5,8	6,1	6,7	5,5	5,8	7,0	7,0
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	"	69	87	92	91	101	84	94	95	105
* Milchlieferungen an Molkeereien	%	63,8	75,2	73,3	74,4	77,8	73,6	74,4	75,2	78,5
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	6,7	9,6	9,9	10,2	10,9	9,7	10,3	10,7	11,4

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden. - 5) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 6) Gewerbliche und Hausschlachtungen. - 7) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	2 933	3 106	3 130	3 125	3 116	3 038	3 039	3 033	3 024
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	336	364	365	364	363	359	361	362	364
* Arbeiter 2)	"	274	274	276	274	273	270	272	273	274
* Geleistete Arbeiterstunden 3)	Mill. Std.	47	43	44	42	41	42	44	44	45
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	144	322	311	301	321	300	313	330	341
* Löhne (Bruttosumme)	"	104	212	208	193	216	195	207	217	231
* Gehälter (Bruttosumme)	"	40	110	103	108	105	105	106	113	110
* Kohleverbrauch	1 000 tSKE 4)	279	135	145	136	120	136	132	120	124
Gasverbrauch	Mill. Nm 3	41	40	38	41	39	41	47	43	44
* Heizölverbrauch	1 000 t	15	155	165	159	144	175	180	154	148
* Stromverbrauch	Mill. kWh	367	651	658	638	647	665	694	672	690
* Stromerzeugung 5)	"	138	281	279	272	255	345	324	290	293
* Umsatz 6) (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	789	1 638	1 587	1 570	1 553	1 637	1 827	1 828	1 887
* Auslandsumsatz	"	126	339	349	349	321	331	375	379	383
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1958=100	100	224	221	228	230	235	251	268	267 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	"	100	225	222	228	229	239	253	269	268 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	100	226	223	229	230	239	254	271	270 ^p
Energieversorgungsbetriebe	"	100	209	207	221	206	232	238	222	216 ^p
Bergbau	"
Verarbeitende Industrie	"	100	229	226	231	233	242	257	275	274 ^p
Grundstoff- und Produktionsgüter	"	100	227	226	235	234	244	252	262	264 ^p
Industrie d. Steine u. Erden	"	100	138	126	151	158	88	123	158	170 ^p
Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke	"	100	165	182	198	181	171	191	206	206 ^p
Chemische Industrie	"	100	291	292	295	295	336	331	332	332 ^p
Investitionsgüter	"	100	341	328	334	354	367	425	463	472 ^p
Maschinenbau	"	100	208	195	205	227	161	197	197	180 ^p
Elektrotechnische Industrie	"	100	180	181	178	167	158	184	192	187 ^p
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	"	100	216	195	196	215	209	234	231	237 ^p
Verbrauchsgüter 8)	"	100	176	183	184	168	180	193	204	199 ^p
Holz verarbeitende Industrie	"	100	212	221	211	222	181	201	241	211 ^p
Schuhindustrie	"	100	145	166	159	116	168	175	178	168 ^p
Textilindustrie	"	100	111	104	114	108	109	110	115	114 ^p
Nahrungs- und Genußmittel	"	100	168	155	152	171	161	149	178	159 ^p
Bauhauptgewerbe	"	100	209	204	225	255 ^x	145	189	243	232 ^p
Handwerk										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Mai 1962=100	.	102	97	.	.	.	101	.	.
* Umsatz 9)	1962=100	.	142	123	.	.	.	107	.	.
* Handwerksumsatz 9)	"	.	142	122	.	.	.	104	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	61	212	237	209	197 ^x	258	277	231	...
Strombezug (netto)	"	318	496	465	474	506 ^x	459
Stromaufkommen	"	375	695	690	672	692 ^x	704
* Gaserzeugung	Mill. cbm	11	105	111	132	95	129	144	111	103
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 10)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	66	87	84	86	87	84	87	89	...
Facharbeiter	"	30	47	45	47	47	44	46	47	...
Helfer und Hilfsarbeiter	"	24	26	24	26	26	25	27	28	...
* Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	11	13	13	13	14	9	12	14	...
* Wohnungsbauten	"	5	6	6	6	6	4	5	6	...
Landwirtschaftliche Bauten	"	0	0	0	0	0	0	0	0	...
Gewerbliche Bauten	"	2	2	2	2	2	2	2	2	...
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	"	4	5	5	5	6	3	5	6	...
Hochbau	"	1	1	1	1	2	1	1	2	...
Straßenbau	"	2	2	2	2	2	1	2	2	...
Sonstiger Tiefbau	"	3	2	2	2	2	1	2	2	...
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	26	71	66	68	75	53	65	79	...
* Löhne (Bruttosumme)	"	24	64	60	62	69	46	58	72	...
* Gehälter (Bruttosumme)	"	2	7	6	6	6	7	7	7	...
* Umsatz	"	76	226	176	197	214	103	109	136	...

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 2) Einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - 3) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 4) 1 t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle. - 5) Gesamte industrielle Eigenenerzeugung. - 6) Einschließlich Verbrauchsteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 8) Ohne Nahrungs- und Genußmittel. - 9) Vierteljahresdurchschnitt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe; ab März 1968 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude 1)	Anzahl	1 045	1 137	1 035	1 302	1 201	1 051
Veranschlagte reine Baukosten	DM/cbm	56,3	107,7	105,4	108,5	106,8	96,2
Bruttowohnfläche	1 000 qm	159	191	156	206	190	213
* Nichtwohngebäude 1)	Anzahl	585	293	254	296	307	235
* Umbauter Raum insgesamt 1)	1 000 cbm	1 465	1 962	1 771	1 989	1 982	2 222
* in Wohngebäuden	"	929	1 106	931	1 202	1 103	1 300
* Wohnungen	Anzahl	2 724	2 500	2 072	2 684	2 475	2 569
* in ganzen Wohngebäuden 1)	"	2 200	2 062	1 617	2 151	2 022	2 351
Baupreise										
Meßziffern ausgewählter Bauleistungspreise	1962=100									
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	"	.	96	.	.	96	100	.	.	101
Ziegelmauerwerk	"	.	120	.	.	120	128	.	.	128
Hohlblockmauerwerk	"	.	122	.	.	122	130	.	.	130
Leichttrennwand	"	.	121	.	.	121	127	.	.	125
Stahlbetondecke	"	.	109	.	.	109	115	.	.	115
Beton B 80 für Wände	"	.	120	.	.	121	126	.	.	126
Beton B 160 für Fundamente	"	.	109	.	.	109	112	.	.	114
Dachverbandholz liefern	"	.	101	.	.	102	103	.	.	101
Innenwandputz (Mauerwerk)	"	.	128	.	.	128	131	.	.	131
Deckenputz	"	.	129	.	.	130	131	.	.	131
Außenwandputz	"	.	135	.	.	135	139	.	.	140
Wandbekleidung (Fliesen)	"	.	116	.	.	121	118	.	.	125
Handel und Gastgewerbe										
Einzelhandel (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	97	96	95	95	96	95	95	94
Umsätze	"	.	125	129	120	122	102	121	130	126
Waren verschiedener Art	"	.	177	171	155	159	143	171	192	176
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	116	121	114	120	104	116	121	120
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	116	123	108	119	78	104	130	108
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	125	118	108	114	84	105	113	120
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	121	113	99	97	90	95	106	102
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	114	129	125	113	83	115	123	125
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	5 493	12 561	13 064	12 195	11 774	9 507	12 973	12 427	12 706
* Lieferungen	"	14 040	32 986	30 607	32 747	32 159	33 875	38 632	36 960	35 672
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	145,2	393,0	396,0	417,2	390,6	408,3	443,7	423,4	...
Nach Warengruppen:										
* Ernährungswirtschaft	"	4,8	11,7	10,8	13,0	11,1	10,5	14,6	13,9	...
* Gewerbliche Wirtschaft	"	140,4	381,3	385,2	404,3	379,5	397,8	429,1	409,5	...
* Rohstoffe	"	5,8	7,5	7,1	8,3	7,5	6,2	8,5	7,6	...
* Halbwaren	"	23,1	29,1	29,2	30,8	33,7	33,0	36,0	27,1	...
* Fertigwaren	"	111,5	344,7	348,9	365,2	338,3	358,6	384,6	374,8	...
* Vorerzeugnisse	"	59,5	151,5	147,8	163,4	155,1	145,5	167,6	156,9	...
* Enderzeugnisse	"	52,0	193,2	201,1	201,7	183,2	213,1	217,1	217,9	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern:										
* EWG-Länder	"	41,0	148,7	148,5	157,7	138,4	154,2	166,0	157,1	...
Belgien-Luxemburg	"	9,5	27,2	26,7	27,9	27,5	27,3	28,4	24,2	...
Frankreich	"	9,6	53,7	54,7	56,8	50,8	61,9	64,5	65,5	...
Italien	"	9,6	34,7	34,2	36,8	29,8	31,4	36,2	33,2	...
Niederlande	"	12,2	33,0	32,8	36,3	30,4	33,5	36,9	34,1	...
* EFTA-Länder	"	36,4	93,3	94,0	100,4	87,9	89,0	103,8	91,0	...
Dänemark	"	3,4	9,7	10,8	12,7	9,0	10,1	12,4	10,7	...
Großbritannien	"	9,5	22,1	24,2	23,2	20,1	20,7	23,2	20,7	...
Österreich	"	6,8	17,4	16,4	19,8	15,3	13,6	18,1	17,6	...
Schweden	"	5,4	13,3	12,8	12,7	12,4	13,1	16,0	12,0	...
Schweiz	"	8,3	22,6	23,3	24,8	23,1	24,7	25,1	22,4	...
USA und Kanada	"	10,1	22,8	22,9	25,7	22,2	21,1	27,6	32,5	...
Ostblockländer	"	3,6	21,9	21,2	30,7	25,9	30,1	18,5	26,5	...
Gastgewerbe (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	110	104	111	115	106	103	110	113
Teilbeschäftigte	"	.	167	152	167	179	150	131	150	152
Umsätze insgesamt:	"	.	132	120	126	144	109	113	124	135
Übernachtungen	"	.	155	107	130	185	71	97	152	180
Beköstigung	"	.	130	120	126	144	112	113	121	134
Fremdenverkehr in 258 Berichtsgemeinden										
* Fremdenanmeldungen	1 000	167	207	134	182	248	92	117	179	...
* Ausländergäste	"	36	44	18	29	46	8	11	31	...

1) Bis Dezember 1962 ohne Gebäudeteile und Umbau ganzer Gebäude, ab Januar 1963 ohne Gebäudeteile.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
* Fremdenübernachtungen	1 000	625	777	515	589	901	365	451	663	...
* Auslands Gäste	"	68	95	41	59	88	18	27	73	...
Nach Gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	255	329	254	261	411	187	229	312	...
Luftkurorte	"	43	47	30	31	54	18	23	39	...
Sonstige	"	327	401	231	297	436	160	199	312	...
Verkehr										
Bundesbahn 1)										
Zugkilometer	"	2 960	2 832	2 781	2 694	2 738	2 662	2 912	2 760	2 997
Wagenachskilometer	"	104 960	112 382	108 671	105 822	107 341	101 192	113 427	109 905	123 154
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 017	1 181	1 122	1 098	1 126	1 063	1 196	1 158	1 302
Nettotonnenkilometer	"	293	332	301	308	309	312	356	336	394
Gestellte Güterwagen	Anzahl	74 911	59 950	54 937	56 070	53 024	50 972	56 850	56 358	60 636
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	1 812	2 818	2 938	2 930	3 021	2 657	3 016	3 113	...
* Gütereingang	"	811	1 432	1 466	1 413	1 493	1 313	1 419	1 440	...
* Güterversand	"	1 001	1 386	1 472	1 517	1 528	1 344	1 597	1 673	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 315	4 351	4 023	4 239	4 305	3 658	3 935	3 694	4 161
Ladung	1 000 t	2 938	3 167	2 860	3 092	3 141	2 615	2 737	2 612	3 110
Auslastungsgrad 2)	%	80	84	86	87	87	89	87	88	89
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 367	4 475	4 098	4 310	4 304	3 881	4 077	3 769	4 275
Ladung	1 000 t	893	1 578	1 569	1 744	1 647	1 632	1 942	1 713	1 821
Auslastungsgrad 2)	%	70	82	86	85	85	86	86	87	89
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 999	7 528	10 293	9 153	8 082	6 546	9 835	10 195	...
Kraftfahrzeuge	"	366	23	24	28	29	10	34	26	...
* Motorroller	"	2 840	5 733	8 076	7 130	6 355	5 191	7 882	8 131	...
* Personenkraftwagen	"	275	654	748	695	683	586	752	856	...
* Kombinationskraftwagen	"	346	466	486	534	410	397	597	608	...
* Lastkraftwagen	"	640	579	883	667	480	324	515	520	...
Zugmaschinen	"	132	244	268	294	354	133	266	357	...
Kraftfahrzeuganhänger	"									
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen 3)	1 000	20 118	20 547	20 201	20 538	20 563	20 869	21 589	18 872	...
Orts- und Nachbarortslinienverkehr	"	11 395	10 672	10 806	10 871	10 732	10 700	10 945	9 670	...
Straßenbahnen	"	4 219	4 303	4 532	4 507	4 494	4 061	3 988	3 422	3 842
Obusse	"	2 924	6 369	6 274	6 364	6 238	6 639	6 957	6 248	...
Kraftomnibusse	"	4 252	8 903	8 405	8 789	8 841	9 394	9 716	8 389	...
Überlandlinienverkehr	"	8 056	576	604	595	546	570	644	582	...
Berufsverkehr 4)	"	233	310	185	241	400	164	223	211	...
Gelegenheitsverkehr	"	434	8 960	8 289	8 334	9 539	8 151	8 748	8 432	...
Wagenkilometer 3)	"	7 990	2 057	2 089	2 048	2 053	2 038	2 145	2 036	...
Orts- und Nachbarortslinienverkehr	"	2 289	871	740	707	710	610	638	606	620
Straßenbahnen	"	871	1 369	1 349	1 341	1 343	1 428	1 507	1 430	...
Obusse	"	541	4 127	4 079	4 054	3 965	4 302	4 527	4 023	...
Kraftomnibusse	"	877	1 069	1 122	1 067	965	1 062	1 109	1 073	...
Überlandlinienverkehr	"	4 048	817	1 141	2 531	722	927	1 289
Berufsverkehr 4)	"	233	554	576	568	523	543	568	579	...
Gelegenheitsverkehr	"	1 420	1 486	1 624	1 899	1 387	1 387	1 555	1 648	...
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	3 491	4 382	4 068	4 144	4 354	4 056	4 083	4 145	...
* Unfälle mit Personenschaden	"	1 464	3 718	3 443	3 525	3 639	3 470	3 419	3 515	...
Unfälle mit nur Sachschaden	"	2 027	664	625	619	715	586	664	630	...
bis 1 000 DM 5)	"	.	96	82	98	92	99	92	77	...
über 1 000 DM 6)	"	68	2 445	2 097	2 323	2 848	1 937	2 160	2 404	...
* Getötete Personen 7)	"	1 913	843	711	790	998	680	729	867	...
* Verletzte Personen	"	765								...
Schwerverletzte	"									...
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	27 688	34 843	38 450	34 079	32 870	32 712	36 374	38 813	...
Gewöhnliche Paketsendungen	"	931	1 023	1 144	992	802	986	1 025	1 120	...
Telegramme	"	99	68	73	69	78	55	59	74	...
Postcheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	469 430	823 220	823 942	806 138	881 802	718 263	786 236	815 550	...
Lastschriften	"	460 840	822 696	828 225	807 070	878 205	721 392	762 958	818 434	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	"	5 814	10 049	9 480	9 128	9 806	10 863	10 321	10 456	...
Auszahlungen	"	5 296	9 707	9 613	8 544	9 908	7 942	8 913	10 764	...
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk	1 000	181	1 036	1 033	1 034	1 035	1 048	1 051	1 052	...
Fernsehrundfunk	"	78	757	746	749	752	805	813	818	...

1) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 2) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe. - 3) Einschließlich Schüler-, Markt- und Theaterfahrten sowie Ferienzeiel-Reiseverkehr (in Aufgliederungen nicht enthalten. - 4) 1958 ohne mittelbar entgeltlichen Berufsverkehr (§ 1 Abs. 1 Satz 2 PBefG.). - 5) Bei jedem der Beteiligten. - 6) Bei einem der Beteiligten. - 7) Einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Geld und Kredit										
Kreditinstitute 1)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 307	11 984	11 289	11 357	11 398	12 104	12 420	12 396	12 484
* Kurzfristige Kredite	"	1 376	3 275	3 208	3 221	3 183	3 216	3 306	3 243	3 215
* an Wirtschaft und Private	"	1 367	3 195	3 139	3 148	3 109	3 157	3 217	3 173	3 168
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	9	80	69	73	74	59	89	70	47
* Mittel- und langfristige Kredite 2)	"	1 931	8 709	8 081	8 136	8 215	8 888	9 114	9 153	9 269
* an Wirtschaft und Private	"	1 551	6 728	6 256	6 297	6 346	6 802	6 907	6 941	7 030
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	380	1 981	1 825	1 839	1 869	2 086	2 207	2 212	2 239
* Einlagen von Nichtbanken	"	3 282	10 949	9 809	9 935	10 100	11 261	11 289	11 412	11 601
* Sicht- und Termineinlagen	"	1 426	3 629	3 186	3 254	3 384	3 694	3 669	3 740	3 864
* von Wirtschaft und Privaten	"	1 055	2 862	2 404	2 499	2 506	2 921	2 886	2 992	2 934
von öffentlich-rechtlichen Körperschaften	"	371	767	782	755	878	773	783	748	930
* Spareinlagen	"	1 857	7 320	6 622	6 681	6 716	7 567	7 620	7 672	7 737
* bei Sparkassen	"	1 274	4 833	4 395	4 431	4 451	4 984	5 017	5 048	5 091
* bei Kreditbanken	"	.	849	757	768	775	883	888	896	904
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	"	105	349	328	316	307	372	370	368	375
* Lastschriften auf Sparkonten	"	78	297	294	258	271	273	318	316	310
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse	Anzahl	13	14	9	13	21	10	14	10	9
Vergleichsverfahren	"	3	3	4	3	8	2	-	3	4
Wechselproteste	"	2 860	2 596	2 720	2 461	2 832	2 053	2 122	1 974	2 181
" 4)	1 000 DM	2 017	4 237	4 334	3 945	4 770	2 679	2 804	2 871	2 760
Steuern										
* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	49 700	135 475	200 172	78 499	96 253	91 680	215 451	87 703	98 557
* Vermögensteuer	"	2 443	7 702	1 867	684	16 821	16 101	4 948	1 075	19 082
* Kraftfahrzeugsteuer	"	5 495	15 271	16 706	16 963	15 541	14 118	16 818	17 889	17 311
* Biersteuer	"	3 176	5 082	3 772	3 789	4 848	5 007	3 651	4 150	4 150
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	35 809	102 572	172 942	50 403	54 649	52 201	185 165	60 473	53 221
* Einnahmen für Rechnung des Bundes	"	115 170	214 983	242 607	168 911	217 159	142 043	257 712	167 704	178 537
* Umsatzsteuer 5)	"	46 123	87 713	71 771	87 007	82 608	49 855	48 447	70 757	68 863
* Umsatzausgleichsteuer 6)	"	6 102	10 701	7 986	4 668	29 817	10 740	24 775	12 908	15 324
* Beförderungsteuer	"	1 582	2 126	1 852	1 905	2 169	136	111	114	106
* Zölle	"	8 704	11 446	6 779	5 270	26 159	6 126	18 148	6 740	6 973
* Verbrauchsteuern	"	32 345	42 749	52 656	40 441	44 310	43 471	54 454	40 032	54 826
* Tabaksteuer	"	18 677	5 647	8 932	2 875	8 357	5 725	9 853	2 926	7 316
* Mineralölsteuer	"	2 522	7 038	6 800	5 341	6 287	6 500	5 559	5 852	6 842
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	18 944	60 241	101 569	29 603	32 096	30 657	108 748	35 516	31 256
* Lastenausgleichsabgaben	"	6 486	5 145	1 294	1 451	13 010	12 891	899	1 146	13 034
* Steuern vom Einkommen	"	54 753	162 813	274 511	80 006	86 745	82 858	293 913	95 989	84 477
* Lohnsteuer	"	19 833	70 883	49 600	59 919	56 626	72 005	65 052	60 153	61 172
* Veranlagte Einkommensteuer	"	20 055	59 668	154 124	12 888	22 019	6 017	154 424	22 740	13 294
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	1 800	6 191	511	935	1 879	4 215	435	6 503	1 397
* Körperschaftsteuer	"	13 065	26 071	70 276	6 264	6 221	621	74 002	6 593	8 614
* Gemeindesteuereinnahmen 7)	"	83 725	184 673	183 961	.	.	.	178 844	.	.
* Realsteuern	"	76 545	171 318	170 633	.	.	.	163 506	.	.
* Grundsteuer A	"	8 599	9 704	6 749	.	.	.	7 005	.	.
* Grundsteuer B	"	15 026	24 910	22 434	.	.	.	24 218	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	49 114	127 680	131 286	.	.	.	121 888	.	.
* Lohnsummensteuer	"	3 806	9 024	10 164	.	.	.	10 395	.	.
* Sonstige Steuern	"	7 180	13 355	13 328	.	.	.	15 338	.	.

1) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats; anstelle von Monatsdurchschnitten Kontenstand am Ende des Jahres. - 2) Einschließlich durchlaufender Kredite. - 3) Einschließlich Zinsen. - 4) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 5) Ab 1.1.1968 einschließlich Mehrwertsteuer. - 6) Ab 1.1.1968 einschließlich Einfuhrumsatzsteuer. - 7) Einschließlich Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Löhne und Gehälter ¹⁾										
Arbeiter in der Industrie ²⁾										
Bruttowochenverdienste	DM	96	193	.	192	.	.	.	202	.
* Männliche Arbeiter	"	106	210	.	210	.	.	.	219	.
Facharbeiter	"	113	224	.	224	.	.	.	232	.
Angelernte Arbeiter	"	107	205	.	204	.	.	.	216	.
Hilfsarbeiter	"	87	173	.	172	.	.	.	181	.
* Weibliche Arbeiter	"	61	130	.	128	.	.	.	136	.
Bruttostundenverdienste	"	2,10	4,46	.	4,45	.	.	.	4,59	.
* Männliche Arbeiter	"	2,28	4,76	.	4,75	.	.	.	4,90	.
Facharbeiter	"	2,44	5,05	.	5,04	.	.	.	5,18	.
Angelernte Arbeiter	"	2,25	4,65	.	4,63	.	.	.	4,83	.
Hilfsarbeiter	"	1,90	3,96	.	3,95	.	.	.	4,06	.
* Weibliche Arbeiter	"	1,43	3,23	.	3,23	.	.	.	3,32	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,8	43,1	.	43,1	.	.	.	43,9	.
* Männliche Arbeiter	"	46,8	44,0	.	44,1	.	.	.	44,7	.
* Weibliche Arbeiter	"	42,8	40,0	.	39,4	.	.	.	41,0	.
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	42,1	40,8	.	41,7	.	.	.	38,9	.
* Männliche Arbeiter	"	43,1	41,7	.	42,6	.	.	.	39,6	.
* Weibliche Arbeiter	"	39,2	37,6	.	38,2	.	.	.	36,0	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	542	1 077	.	1 074	.	.	.	1 112	.
in der Industrie ²⁾	"	495	977	.	971	.	.	.	1 005	.
* Kaufmännische Angestellte	"	595	1 177	.	1 169	.	.	.	1 214	.
* Männliche Angestellte	"	377	749	.	748	.	.	.	771	.
* Weibliche Angestellte	"	648	1 251	.	1 254	.	.	.	1 295	.
Technische Angestellte	"	665	1 285	.	1 288	.	.	.	1 332	.
* Männliche Angestellte	"	452	866	.	873	.	.	.	893	.
* Weibliche Angestellte	"	355	742	.	730	.	.	.	765	.
im Handel ³⁾	"	351	737	.	726	.	.	.	761	.
* Kaufmännische Angestellte	"	485	962	.	946	.	.	.	994	.
* Männliche Angestellte	"	279	581	.	574	.	.	.	600	.
* Weibliche Angestellte	"	438	915	.	907	.	.	.	943	.
zusammen	"	404	835	.	826	.	.	.	860	.
* Kaufmännische Angestellte	"	536	1 064	.	1 052	.	.	.	1 097	.
* Männliche Angestellte	"	307	641	.	636	.	.	.	660	.
* Weibliche Angestellte	"	625	1 233	.	1 236	.	.	.	1 278	.
Technische Angestellte	"	646	1 267	.	1 269	.	.	.	1 314	.
* Männliche Angestellte	"	418	853	.	858	.	.	.	876	.
* Weibliche Angestellte	"									
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 021	1 050	1 054	1 052	1 049	1 063	1 066	1 065	1 065
Pflichtmitglieder	"	649	656	664	660	655	653	653	647	644
Rentner	"	227	258	252	253	254	318	322	325	328
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,5	4,2	4,0	4,1	3,8	5,6	4,6	4,1	4,0
Männer	"	4,6	4,2	3,9	4,0	3,9	5,5	4,5	4,1	4,1
Frauen	"	4,3	4,1	4,1	4,1	3,7	5,6	4,7	4,1	3,8
Soziale Rentenversicherung ⁵⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	344 570
Arbeiterrentenversicherung	"	260 463	334 548	330 270	331 698	332 507	340 555	341 411	342 871	344 755
Angestelltenversicherung	"	84 107
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	46 425
Arbeiterrentenversicherung	"	32 663	75 500	83 089	74 265	74 836	76 854	87 362	80 767	81 631
Angestelltenversicherung	"	13 762
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	38 890	24 354	33 011	26 876	23 900	38 019	29 117	15 805	11 148
Arbeitslosenversicherung	"	31 577	22 254	31 230	25 221	22 035	32 944	23 329	11 761	8 048
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	8 703	10 537	15 040	11 051	11 040	20 003	17 583	12 621	8 787
Arbeitslosenversicherung	"	7 369	9 782	14 613	10 445	10 424	18 315	15 397	10 367	7 191
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	231	171	172	.	.	.	169	.	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	18 112	30 432	27 990	29 343	30 200	29 720	29 970	30 340	30 285

1) Ab 1964 neuer Berichtskreis; daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar; Monatsdurchschnitt 1958 auf neuen Berichtskreis umgerechnet. - 2) Einschließlich Bau. - 3) Handel, Kredit und Versicherungen. - 4) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 5) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung insgesamt	1 000	54 292	59 873 ^P	59 807	59 818	59 832
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 187	40 270 ^P	26 358	42 082	37 347	20 695	26 688	34 254	...
Lebendgeborene 2)	"	75 361	84 954 ^P	83 851	91 894	86 246	85 285	82 790	86 769	...
Gestorbene 3)	"	49 784	57 278 ^P	55 555	60 273	56 510	71 098	79 532	66 006	...
Geburtenüberschuß	"	25 577	27 676 ^P	28 296	31 621	29 736	14 187	3 258	20 763	...
Arbeitslose	1 000	769	459	674	576	501	673	590	460	331
Männer	"	500	335	534	441	364	527	461	348	232
Landwirtschaft										
Schweinebestand 4)	"	14 747	19 032	.	17 859	.	.	.	19 285	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 5)	1 000 t	186	254	223	244	251	279	241	260	282
Milcherzeugung	"	1 490	1 810	1 614	1 939	1 982	1 695	1 695	1 975	2 049
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 6)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 015	7 843	7 968	7 906	7 856	7 723	7 751 ^P
Geleistete Arbeiterstunden 7)	Mill. Std.	1 139	916	890	934	903	936	902 ^P
Umsatz 8) (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	18 166	31 722	28 291	31 375	30 569	30 570	31 748 ^P
Auslandsumsatz	"	2 698	5 947	5 490	5 884	5 778	5 347	5 627 ^P
Index der industriellen Produktion 9)										
Gesamtindustrie	1962=100	...	118	111	114	119	117 ^P	118 ^P	127 ^P	131 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	"	...	118	112	115	119	120 ^P	119 ^P	128 ^P	131 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	...	117	111	114	118	117 ^P	117 ^P	126 ^P	130 ^P
Energieversorgungsbetriebe	"	...	138	142	138	142	167 ^P	153 ^P	160 ^P	146 ^P
Bergbau	"	...	89	88	84	85	99 ^P	91 ^P	94 ^P	92 ^P
Verarbeitende Industrie	"	...	119	112	115	120	119 ^P	119 ^P	128 ^P	133 ^P
Grundstoffe und Produktionsgüter	"	...	133	124	129	136	132 ^P	135 ^P	145 ^P	152 ^P
Investitionsgüter	"	...	109	104	106	110	109 ^P	109 ^P	118 ^P	121 ^P
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	"	...	114	111	114	116	119 ^P	120 ^P	128 ^P	129 ^P
Nahrungs- und Genußmittel	"	...	122	110	114	117	116 ^P	113 ^P	118 ^P	128 ^P
Bauhauptgewerbe	"	...	115	81	108	120	72 ^P	90 ^P	102 ^P	138 ^P
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	12 403	9 337	9 546	9 464	9 199	10 265	9 643	9 865	...
Braunkohlenförderung (brutto)	"	7 791	8 064	6 813	7 142	7 769	8 707	7 542	8 059	...
Produktion von Roheisen	"	1 645	2 281	2 067	2 260	2 351	2 375	2 406	2 585	...
Stahlrohblöcken	"	2 143	3 018	2 812	2 965	3 109	3 224	3 230	3 522	...
Walzstahlfertigerzeugnissen	"	1 470	2 076	1 891	2 072	2 130	2 078	2 248	2 430	...
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	8 457	15 443	14 792	15 545	14 994
Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	1 956	1 632	1 676	1 737	1 598	1 719
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 10)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 322	1 467	1 336	1 418	1 457
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	213	206	145	201	211
Umsatz	Mill. DM	1 431	3 694	2 574	2 957	3 166
Baugenehmigungen:										
Wohnungen	Anzahl	48 466	44 396	35 147	39 385	48 058
Handel										
Umsätze	1962=100	.	132	109	134	127	113	112	132	140
Waren verschiedener Art	"	.	159	119	156	142	135	128	159	170
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	131	115	135	128	119	121	135	139
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	123	93	123	118	103	86	115	137
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	129	101	121	116	89	95	116	123
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	127	97	115	102	95	96	106	109
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	121	101	138	133	75	96	131	139
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	2 594	5 849	5 104	5 769	5 624	6 212	6 152	6 634	6 604
Ausfuhr	"	3 083	7 250	6 515	7 264	7 468	7 476	7 449	8 409	7 703
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	"	489	1 401	1 411	1 495	1 843	1 264	1 298	1 775	1 100

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 5) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 6) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 7) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 8) Einschließlich Verbrauchsteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 9) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Verkehr										
Meßziffern des Güterverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Güter	1962=100	95	99	93	92	94
Binnenschifffahrt:										
Beförderte Güter	"	80	125	110	117	128	107	129
Seeschifffahrt: Güterumschlag	"	66	124	118	118	121	124	135
Meßziffern des Personenverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Personen	"	124	82	86	80	84
Straßenbahnen und Obusse:										
Beförderte Personen	"	102	72	79	74	75	68	70	68	...
Kraftomnibusse:										
Beförderte Personen	"	78	109	117	110	110	115	116	112	105
Geld und Kredit										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	17 940	31 412	29 995	30 162	30 797	29 750	30 548	31 022	30 602 ^P
Kreditinstitute 2)										
Kredite an Nichtbanken	"	100 615	320 656	297 304	298 245	299 913	319 102	322 142	326 127	...
Kurzfristige Kredite	"	32 530	75 366	71 212	70 824	71 492	72 407	72 922	74 496	...
Mittel- und langfristige Kredite	"	68 085	245 290	226 092	227 421	228 421	246 695	249 220	251 631	...
Einlagen von Nichtbanken	"	82 561	243 576	215 015	214 229	216 092	244 137	247 195	247 597	250 650 ^P
Sicht- und Termineinlagen	"	46 496	100 148	85 572	84 012	84 727	98 099	99 155	98 489	100 646 ^P
Spareinlagen	"	36 065	143 428	129 443	130 217	131 365	146 038	148 040	149 108	150 004 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	48	97,6	91	92	92	121,1	121,8	121,4	126,7
Steuern										
Bundes- und Landessteuern 3)	Mill. DM	3 573	8 275	6 051	10 146	6 036	7 962	6 399	10 197	6 044
Besitz- und Verkehrssteuern	"	1 732	4 357	2 784	6 598	2 490	3 717	2 866	6 858	2 655
Steuern vom Umsatz	"	1 080	2 060	1 790	1 695	2 001	2 799	1 762	1 575	1 698
Zölle und Verbrauchsteuern	"	761	1 858	1 477	1 853	1 545	1 446	1 771	1 764	1 691
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/62 bis 1962/63=100	96,6	109,3	109,8	108,7	106,5	100 ^P	100 ^P	100 ^P	100 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 5)	1962/63=100	88,1	109,9	110,0	110,9	111,1	102,8	104,8	105,0	104,5
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1962=100	97,2	104,9	105,5	105,4	104,7	100 ^P	100 ^P	100 ^P	100 ^P
Preisindex für Wohngebäude 6)	"	75,8	115,9	117,3	.	.	99,7	99,8	99,6	99,1
Preisindex für den Straßenbau 7)	"	80,5	95,3	93,7	.	.	.	119,9	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938=100	183,4	226,5	226,1	226,3	226,7	229,1	228,9	229,1	229,1
"	1958=100	100	123,4	123,2	123,3	123,5	124,8	124,7	124,8	124,8
"	1962=100	92,7	114,4	114,2	114,3	114,5	115,7	115,6	115,7	115,7
Ernährung	"	93,0	112,7	113,3	113,0	113,5	111,8	111,1	111,0	111,1
Getränke und Tabakwaren	"	100,2	108,9	106,5	109,4	109,3	110,9	110,8	110,7	110,7
Wohnung	"	82,0	137,6	135,4	135,6	136,9	141,8	142,9	143,9	145,0
Heizung und Beleuchtung	"	94,6	108,4	109,5	109,2	105,9	116,0	116,8	116,6	113,3
Hausrat	"	97,7	103,5	104,1	104,0	103,9	102,7	102,7	102,6	102,6
Bekleidung	"	93,8	112,1	112,2	112,2	112,2	112,0	112,0	112,0	112,0
Reinigung und Körperpflege	"	91,6	113,9	113,5	113,5	113,5	118,7	119,3	119,4	119,4
Bildung, Unterhaltung und Erholung	"	88,6	119,7	118,6	118,7	119,0	124,2	124,6	124,7	124,8
Verkehr	"	93,2	114,0	113,3	113,5	113,5	116,0	115,9	116,2	116,2
Index der Löhne in der Industrie (einschl. Bau) 9)										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962=100	72,5	132,4	.	.	131,4
Weibliche Arbeiter	"	67,8	138,2	.	.	137,5
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	"	71,5	140,0	.	.	139,4
Weibliche Arbeiter	"	66,4	144,3	.	.	143,9
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	"	101,6	94,7	.	.	94,4
Weibliche Arbeiter	"	102,0	95,6	.	.	95,3

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute, einschließlich Münzumlauf; bis Juni 1959 ohne Saarland. - 2) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats, anstelle von Monatsdurchschnitten Kontenstand am Ende des Jahres; bis 1959 ohne Saarland. - 3) Bis März 1960 ohne Saarland. - 4) Durchschnittsziffern für das Wirtschaftsjahr; berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittspreise der einzelnen Waren mit den vierteljährlichen Verkaufsmengen der Wirtschaftsjahre 1961/62 bis 1962/63. - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baubeneleistungen, bis einschließlich 1962 ohne Saarland. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahniq). - 8) Arbeitnehmerhaushalte mittleren Einkommens. - 9) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin, ab 1960 ohne Berlin, ab 1964 mit Berlin (West). - 10) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer)

AUSZUG AUS DEN

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114

" 34

" 81, 91, 97, 136

" 9

" 117

" 28, 113

" 2, 13, 18, 115, 116

Statistische Berichte: 8 Reihen

Volkszählung 1946, 1950, 1961

Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950

Bevölkerungsentwicklung 1951 - 1958, 1959, 1960

Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950

Haushalte und Familien 1961

Pendelwanderung 1950, 1961

Berufszählung 1946, 1950, 1961

Unterricht und Bildung, Rechtspflege

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,

" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143

" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,

" 143

Statistische Berichte: 4 Reihen

Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,

1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65

Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,

1956/57, 1961/62, 1964/65

Wahlen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152

" 11, 38, 69, 130

" 24, 46, 87, 142

" 39

Statistische Berichte: 3 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)

Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965

Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963

Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964

Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955

Landwirtschaft

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26

" 119, 120, 121, 141

" 28*, 122

" 27

" 78

" 33*, 44*

" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70,

" 82, 92, 100, 129, 138, 148, 156

" 75

" 60

" 18*

" 61

" 55

" 45, 54, 64, 74, 83, 93,

" 104, 133, 140, 149, 159

Statistische Berichte: 20 Reihen

Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950

Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960

Gartenbauerhebung 1950, 1961

Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952

Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957

Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956

Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,

1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965

Wein- und Gartenbau 1958

Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957

Obstbaumzählung 1951

Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957

Weinbau 1950 - 1957

Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,

1963, 1964, 1965

Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5

" 89, 103, 132, 139, 150, 160

" 6

Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947

Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965

Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.

noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62	Handwerkszählung 1949, 1956
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44	Verkehrsstruktur 1950 - 1955
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128	Straßennetz am 1. Januar 1961
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963

Statistische Berichte: 21 Reihen

Bau- und Wohnungswesen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98,	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960,
" 107, 134, 144, 151, 161	1961, 1962, 1963, 1964, 1965
" 158	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965

Statistische Berichte: 8 Reihen

Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

Öffentliche Sozialleistungen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 127, 145, 153, 166	1962, 1963, 1964, 1965

Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM - Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961
" 31, 49, 146	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961
" 68, 79, 131, 154	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157	1961, 1962, 1964
" 101	Gewerbsteuer 1958

Statistische Berichte: 3 Reihen

Preise, Löhne und Gehälter

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 6 Reihen

Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*	Sozialprodukt 1950 - 1955
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.